



RUHRSTAHL



7/8 | JULI/AUGUST
1959
Verlagspostamt Witten

Werkzeitschrift

Nur für Betriebsangehörige

PORTRAIT DER ARBEIT



Titelfoto:

Die Ruhr wird verlegt

Innerhalb von nur etwa vier Monaten soll unmittelbar neben der Henrichshütte ein Projekt verwirklicht werden, das in Konzeption und Ausführung nur selten seinesgleichen findet: Zur Gewinnung von 500 000 qm neuen Hüttengeländes wird der die Henrichshütte nach Westen begrenzen-
de 2230 m lange Ruhrbogen trockengelegt und die Ruhr in ein neues, um 630 m verkürztes Flußbett verlegt. Die umfangreichen Erdbewegungsarbeiten (über 500 000 cbm Erdaushub) können nur durch den massierten Einsatz modernster und schwerster Erdbewegungsmaschinen — Caterpillars, Planiertrauben, Scrapers, Schürfrauben, Schaufellader, Bagger und Lkw — termingerecht bewältigt werden. Unser Foto zeigt eine Planiertraube in „Angriffsstellung“. Im Hintergrund sieht man die Hochöfen der Henrichshütte.

Foto: Ahlborn

Rücktitel:

Perspektive des Alters

Zwei alte Menschen sitzen auf einer Bank. Wie das klassische Ehepaar Philemon und Baucis, haben sie das Leben gemeinsam durchschritten. Nun ruhen sie aus, beieinander. Nicht mehr dem Trubel des Lebens verhaftet, sind sie vielmehr stille Beschauer dessen, was sich jenseits des Zaunes, außerhalb ihres nur noch engen, nach innen gekehrten Lebensbereiches abspielt. Jenseits aber fahren Schiffe, Schicksale, gleichsam auf dem Lebensstrom. Nur wie aus weiter Ferne dringt noch der Lärm des Alltags zu den Alten; sie schauen nur, aber sie nehmen nicht mehr teil.

Foto: Ahlborn

Der Kolonnenführer Wilhelm Beck ist seit 1926 als Spulenwickler in der Elektrowerkstatt der Henrichshütte tätig.

Auch die Elektrowerkstatt gehört als „Nichtproduzent“ zu den Nebenbetrieben der Hütte, die immer ein wenig im Schatten der Produktionsbetriebe stehen. Nichtsdestoweniger ist die in ihnen geleistete Arbeit von großer Wichtigkeit für den reibungslosen Produktionsfluß. Sieben Gleichstromwickler und fünf Drehstromwickler sind ständig vollauf beschäftigt. Nur nebenbei: Wer sieht manchen Magnetspulen an, daß sie 12 km Spulendraht enthalten, oder wer ahnt, daß es Schutzspulen mit 23 000 Windungen gibt?

Foto: Ahlborn

Überraschungen und ein Umzug

● Mit Wirkung vom 1. Juli wurde – nachdem lange und z. T. heftige Diskussionen vorausgegangen waren – für die Angestellten der Hauptverwaltung und die kaufmännischen Angestellten der Henrichshütte und des Annener Gusstahlwerks die Fünf-Tage-Woche eingeführt, die allerdings für die Presswerke Brackwede und das Gusstahlwerk Oberkassel schon seit längerem gilt.

● Ab 1. August ist für alle Mitarbeiter der Hauptverwaltung die bargeldlose Gehaltszahlung obligatorisch geworden, was bedeutet, daß jeder bis zum 15. Juli bei einer Bank oder Sparkasse ein Konto einrichten mußte.

● In den ersten Julitagen ist – nach mehrfacher Terminverschiebung – die Hauptverwaltung endlich in den seinerzeit von den Engländern okkupierten, zum Annener Gusstahlwerk gehörenden einstigen Bau der Versuchsanstalt umgezogen. Das in den dreißiger Jahren entstandene architektonisch recht moderne Gebäude faßt nun nach erfolgtem Umbau alle Abteilungen der Hauptverwaltung, die in Hattingen, Witten und Witten-Annen ein dezentralisiertes Dasein führten, unter einem Dach zusammen. Ruhrstahl hat endlich auch eine „Zentrale“.

Die Einführung der Fünf-Tage-Woche bei Ruhrstahl ist ein Fortschritt, der von den davon betroffenen kaufmännischen Angestellten gewiß freudig begrüßt worden ist. So jedenfalls ist das Echo in der Verwaltung und dem Annener Gusstahlwerk. Nicht so tönt es aus Hattingen. Hier hat es nicht nur heftige Diskussionen um die Fünf-Tage-Woche gegeben, hier war man vielfach mit der Regelung unzufrieden. Dabei denken wir nicht einmal an die technischen Angestellten, die aus betrieblichen Gründen (ebenso wie die entsprechenden Angestellten in Annen) nur alle zwei Wochen einen freien Sonntagsabend haben, oder gar, entsprechend den Schichtplänen der Arbeiter, ihren freien Tag in der Woche abfeiern müssen.

Man mag sich fragen, wieso es Unzufriedenheit geben kann, wenn man an jedem Sonntagsabend aus-schlafen kann. In Hattingen denken viele mit Wehmut an den bislang üblichen Dienstschuß um 16 Uhr, denn nun darf erst um 16.45 Uhr der Heimweg angetreten werden. Auch ist man keinesfalls erpicht auf die 30 Minuten lange mittägliche Arbeitspause. Früher fand man schließlich auch noch Zeit zum Brotverzehr. Ja, und mit den Autobussen sowie Straßenbahnen ist das auch ein Kreuz, denn die Anschlusszeiten wollen nicht immer klappen. Neben einem späteren Feierabend muß man nun noch länger auf die Heimfahrt warten. Freier Sonntagsabend? Na schön, aber wissen Sie, nee...

Das Nachsehen haben in jedem Fall die technischen Angestellten, die unmittelbar mit den Betrieben zusammenarbeiten. Die Mitarbeiter der Vorkalkulation, der Planung und Entwicklung, des Technischen Büros, des Konstruktionsbüros und der Arbeitszeit- und Lohngestaltung der Henrichshütte haben dagegen wie die kaufmännischen Angestellten frei, von „Notbesetzungen“ abgesehen.

Noch unbefriedigend ist die Lösung in Annen, das keine kontinuierlichen Betriebe besitzt und nur in einigen Betrieben zweischichtig arbeitet, doch im Rahmen der 44-Stunden-Woche keine Möglichkeit sieht, den technischen Angestellten die Fünf-Tage-Woche zu gewähren. Nicht ganz ohne Neid schaut man nach Brackwede, wo seit Mitte Juli 1953 der Vati am Sonntagsabend der Familie gehört. Damals hatte man aus einer Not – die Gas- und Stromversorgung war am Wochenende nicht gesichert – eine Tugend gemacht und auch bei 48-Stunden-Woche auf Fünf-Tage-Woche umgestellt. Selbst mit der Heimkehr von der Schicht bei Morgengrauen war offenbar niemandem der freie Sonntagsabend zu teuer erkaufte. So haben also Arbeiter und Angestellte der Presswerke Brackwede schon seit sechs Jahren das „lange Wochenende“.

Übrigens wurde mit Einführung der Fünf-Tage-Woche erreicht, daß die Hauptverwaltung und die Werksverwaltungen endlich eine übereinstimmende Arbeitszeit besitzen.

Ab 1. August gibt es keine Gehaltstüten mehr bei der Hauptverwaltung. Das Gehalt wird von nun ab überwiesen, und wer kein Geld mehr am Monatsende hat, muß rasch zu seiner „Hausbank“ laufen, um wieder liquide zu werden. Oder die Ehefrauen werden dafür sorgen, daß das Konto rasch erleichtert wird. Die Gehaltsüberweisung – für die Verwaltung obligatorisch – wird unseren Werken zur Nachahmung empfohlen, da man diese Zahlungsmethode heute für fortschrittlich hält. Allerdings – so hören wir – wird die Arbeit bei den Personalabteilungen dadurch nicht nennenswert verringert. Nur das zeitraubende Geldauszahlen fällt weg und das Risiko der Geldtransporte bzw. der Aufbewahrung (!) wird vermieden. Verschiedentlich wurden aber Stimmen laut, die meinen, das stolze Gefühl, Kontobesitzer bei einer Bank zu sein, wiege nicht die Lauferei zur Bank und die Zahlung nicht gewollter Bankspesen auf.

Seit Anfang Juli haben sämtliche Abteilungen der Hauptverwaltung die Anschrift: Ruhrstahl AG, Witten-Annen, Stockumer Straße 28 (Annener Gusstahlwerk: Stockumer Straße 10). Wer allerdings dort vorspricht, wird vor dem Hause vergeblich nach einem Hinweis auf die Firma suchen. Aber – wie wir hören – nicht mehr lange...

Es ist verständlich, daß in dem neuen Haus zunächst noch keine wirklich persönliche Atmosphäre herrscht. Dies ist wohl eine Frage der Zeit, der Gewöhnung. Hoffen wir's. Die äußeren Umstände sind allerdings keine Hilfe: Die klotzig-nüchterne Fassade des Verwaltungsgebäudes mit ihren zahllosen Fenstern läßt vermuten, daß viele Augenpaare auf den Ankömmling schauen. Vielleicht wird dieses Empfinden gemildert, wenn – wie beabsichtigt – sämtliche Arbeitsräume Gardinen erhalten. Die nicht überall glückliche Farbgebung der Räume trägt des weiteren dazu bei, den Eindruck unpersönlicher Funktionalität der Räume entstehen zu lassen. Jedoch, für viele, die bislang in Witten und Hattingen auf engstem Raum zusammenarbeiten mußten, ist eine wesentliche Besserung der Arbeitsbedingungen eingetreten: nur noch bis zu vier Menschen arbeiten in einem Raum.

Weit schwingen die durch Selenzellen automatisch sich öffnenden Flügel der Haupteingangstür; anmutig ist der Schwung der Freitreppe zum ersten Stock. Ansonsten kühle Sachlichkeit. Doch schließlich lautet die Devise: in diesem Haus soll gearbeitet werden. Hoffentlich wird die Arbeitsfreude der Verwaltungsmitarbeiter durch eine geplante Hausordnung nicht gar zu sehr strapaziert. Ein bescheidenes Quantum Eigenleben auch am Arbeitsplatz sollte erhalten bleiben.

Sämtliche externen und internen Gespräche der telefonierfreudigen Hauptverwaltung laufen jetzt über die Zentrale des Annener Gusstahlwerks, die durch die Installation von zehn neuen Postanschlüssen an Kapazität gewonnen hat; weitere drei Hauptanschlüsse kommen noch hinzu. Ein gerissenes Hauptkabel der Post an der Ardeystraße sowie Urlaub und Krankheit der Telefonistinnen waren daran schuld, daß gerade in den ersten Tagen nach dem Umzug „Wartelisten“ für Auswärtsgespräche geführt werden mußten. Übrigens ein Kuriosum am Rande: täglich wurde das Telefonnetz mit bis zu 600 Anfragen nach der Uhrzeit belastet. Konsequenz: die Nr. 00 ist blockiert worden.

Aus dem Inhalt:	Seite
Portrait der Arbeit: Der Spulenwickler	2
Redaktionskommentar: Überraschungen und ein Umzug	3
Der Betriebsrat	4–7
Messebesuch in Polen	8–11
Ruhrverlegung in Hattingen	12–14
Rückgliederung der Saarländischen Wirtschaft	15
Zur Neuordnung der Krankenversicherung	16–18
Die Ruhrstahl-Hauptverwaltung zog um	19
Rheinstahl-Hauptversammlung	20/21
Bundesgartenschau Dortmund	22/23
Brackwede: Notizen einer USA-Reise	24/25
Henrichshütte: Aus der Arbeit des Werkschutzes	26/27
Unfallschutz: Feuerwehr auch Rettungsschwimmer	28
Werksarzt: Hitzegefahren beim Baden	29
Kurzkomentar: Ein Brief aus Frankreich	30

Herausgeber: Ruhrstahl Aktiengesellschaft, Witten

Verantwortlich: Siegfried Westphal, Leiter der
Presse-Abteilung

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Heiko Philipp,
Witten-Annen, Stockumer Straße 28, Telefon 65 41
Nebenanschlüsse 74 34/74 32

Fotos: Werkzeitschrift Ahlborn (53); Helling,
Brackwede (5)

Illustrationen: Siebeck (4)

Klischees: Proll und Kropf, Bochum

Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen

Auflage: 15 400

Kostenlose Abgabe an die Betriebsangehörigen

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion



DER BETRIEBSRAT

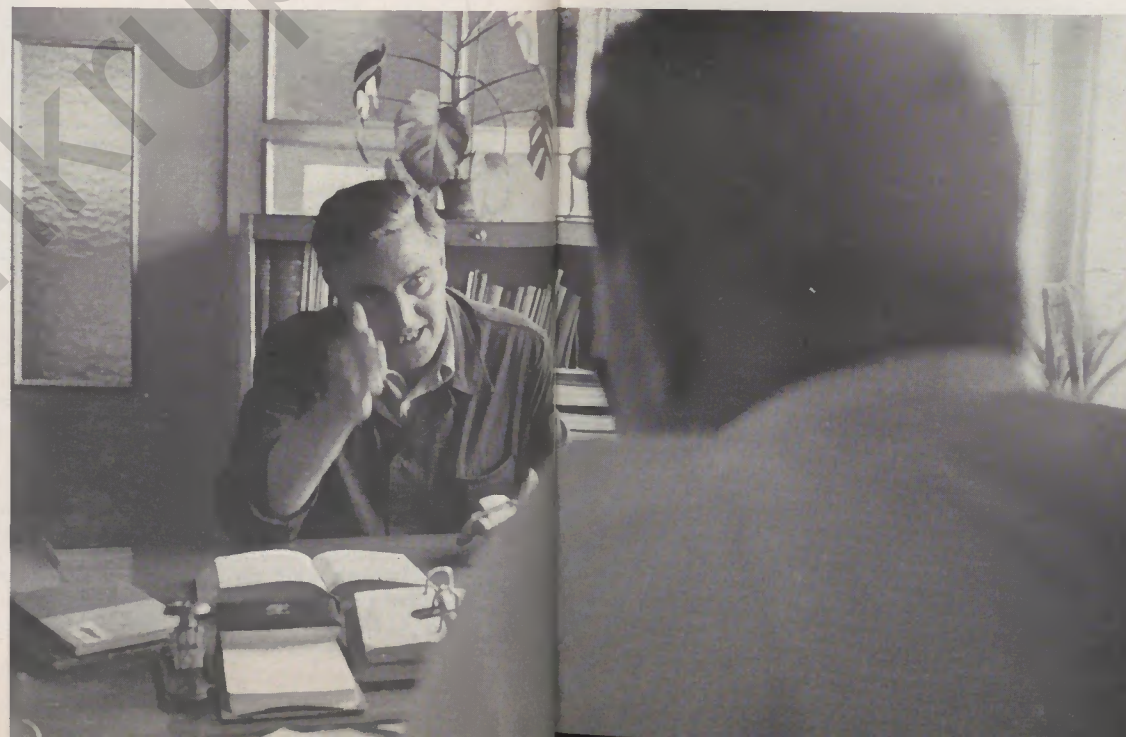
„Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten im Rahmen der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohle des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls zusammen.“ So formulierte der Gesetzgeber im § 49, Absatz 1, des Betriebsverfassungsgesetzes vom 11. Oktober 1952 das Phänomen der von ihm angestrebten Sozialpartnerschaft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In 92 Paragraphen legt das Gesetz die Rechte und Pflichten des Betriebsrats fest. — Der folgende Artikel soll kein Katalog der Betriebsratsarbeit sein, sondern eine Portraitstudie des Hüttenbetriebsrats. Wir sprachen mit einer Reihe von Betriebsräten der Henrichshütte über ihre Probleme, wir fragten nach ihren Ansichten und begleiteten sie in ihrem Betriebsalltag. Wir danken an dieser Stelle dem Betriebsrat der Henrichshütte für das uns gezeigte Vertrauen, das diesen Artikel erst ermöglicht hat.

Im Betrieb: Ärger



Kahl und unpersönlich ist das Sitzungszimmer des Betriebsrats der Henrichshütte im Torhaus. Sechs Tische, in Hufeisenform zusammengestellt, 30 Stühle, ein paar Schränke. Auf Wandschmuck wurde verzichtet — bis auf zwei Bilder und ein inzwischen veraltetes Neuordnungsschema der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie. Die beiden Bilder, Erinnerungsfotoserien unter Glas, sind ganz gewiß kein Schmuck, dafür aber wertvolle Erinnerungen. Sie stammen beide aus dem Jahre 1949: ein Mai-Umzug der IG Metall in Hattingen und der Besuch des damaligen Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen, Prof. Nölting, auf der Henrichshütte, von Amateur-Fotografen festgehalten. Ein Jahrzehnt ist vergangen. Erinnerungsfotos an Mai-Umzüge hängt man heute wohl kaum noch auf, und die Zeiten, da Prof.

Arbeitszeitprobleme: Paragraphen-Duell



Nölting sich zusammen mit den Betriebsräten um die Streichung der Henrichshütte von der Demontageliste bei den Alliierten bemühte, liegen sehr weit zurück...

Wir verabschieden uns von dem Betriebsratsvorsitzenden. Er hat es eilig. Konferenzen, Sitzungen...

1949? Nur 10 Jahre trennen uns von damals, doch scheint es eine Ewigkeit...

27 Männern sprach die Belegschaft der Hütte in der Betriebsratswahl im vergangenen Frühjahr das Vertrauen aus. 27 Betriebsräte verschiedener Religions- und Parteizugehörigkeit. 27 Meinungen. Konfession und politische Einstellung spielen keine Rolle, so wurde uns versichert. Konsequenterweise hat auch bisher der Betriebsrat der Hütte die Bildung von politischen Betriebsgruppen ablehnend beurteilt. „Für uns zählt allein die Einstellung des einzelnen zu den uns bewegenden betrieblichen Problemen.“ Jeder soll seine Meinung vertreten können, wenn auch letzten Endes die Solidarität der Gewerkschaft — in Übereinstimmung mit den betrieblichen Belangen — ausschlaggebend ist.

Alle zwei Jahre müssen sich die Betriebsräte ihrer Wählerschaft stellen, einer Wählerschaft, die oft gnadenlos den unpopulär gewordenen, wenngleich nicht selten verdienten Kandidaten fallen läßt und einen neuen Mann auf den Schild hebt. Schwer zu beantworten ist die Frage, warum ein bislang beliebter Betriebsrat einem neuen Favoriten weichen muß. Hier müssen wohl die Mentalität des Betriebes, das Alter der Belegschaft, die Kontaktfähigkeit, das Stehvermögen und vor allem die Einsatzbereitschaft des Kandidaten berücksichtigt werden. Aber noch etwas spielt eine Rolle: der Generationswechsel.

In den vergangenen 10 Jahren hat sich zweifellos ein deutlicher Strukturwandel in der Zusammensetzung des Hüttenbetriebsrates vollzogen: die alte Garde, jene Männer, die 1945 den ersten, noch unmittelbar in den einzelnen Betrieben gewählten Betriebsrat bildeten, ist fast gänzlich abgetreten. Nur noch zwei von ihnen sind im derzeit amtierenden Betriebsrat vertreten. Nach jeder Wahl hat sich dieses Gremium verjüngt.

Mit dem Tod von Fritz Deus im vergangenen Jahr ist ein Abschnitt in der Geschichte des Betriebsrats der Henrichshütte zu Ende gegangen. Vielleicht ist das vielen noch gar nicht so recht klar geworden, aber Fritz Deus, dieses polternde Rauhbein mit dem goldenen Herzen an der Spitze des Betriebsrats, verkörperte mehr als jeder andere den Gewerkschafter und Betriebsrat alten Schlages, der mit Kollegen und Direktoren gleichermaßen Fraktur zu reden verstand, der sich rückhaltlos für etwas oder jemanden einsetzte — sachlich gerechtfertigt oder nicht; zunächst sprang er in die Bresche, nicht sachverständig wägend, sondern dem Gefühl gehorchend. Mußte er sich besseren Argumenten beugen, gab er grollend nach. Diese Art Männer wird immer seltener in den Betriebsräten, denn in zunehmendem Maße versperren Paragraphen, Erlasse und Verordnungen dem Gefühl den Weg. Der Mann, der zwar ein „prima Kerl“ ist, der aber in Verhandlungen nicht sofort die Paragraphenlücke in des Gegenspielers Argumenten sieht, hat heute nur noch geringe Chancen. Das ist die Tragik der Alten, deren Erfahrung der



In der Kaue: Einzelgespräch

jungen, ungestüm nach vorn drängenden Generation so sehr zum Nutzen gereichte. Das Klima der Betriebsratsarbeit hat sich seit 1945 fortschreitend verschlechtert. Die Wachablösung nach dem Tod des „alten Fritz“ ist hierfür nur Symbol.

Eine engere Gruppe bestimmt den Charakter des Hüttenbetriebsrats; vorwiegend gehört ihr jene Generation an, die erst nach 1945 in der Gewerkschaft aktiv geworden ist. Es sind intelligente Männer, wenig, beschlagen in Paragraphen und Bestimmungen. Gewerkschaftsschulen, Abendkurse, Arbeiterakademien bezeichnen den Weg, den diese z. T. recht jungen Gewerkschafter, Facharbeiter in ihren Betrieben, gegangen sind. Die älteren, die mehr auf ihre Gewerkschaftserfahrungen vor 1933 vertrauten,

„Dienstagsgespräch“: Verhandlungspartner

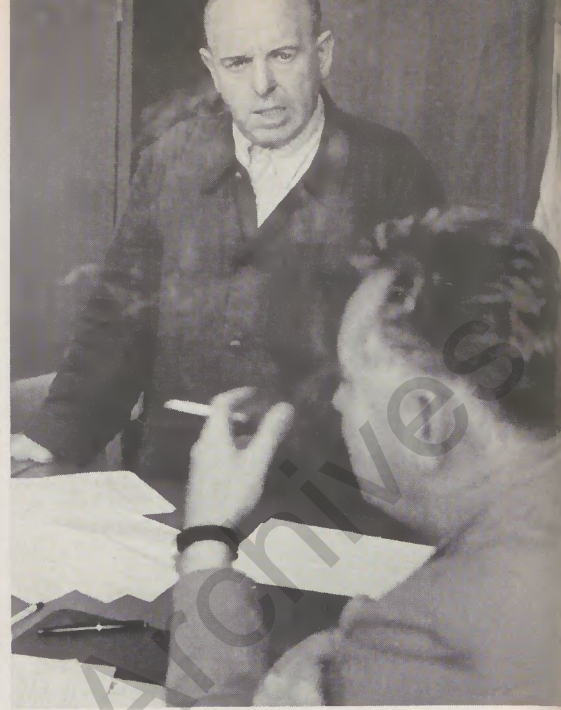




Die Antwort



Vertrauensmänner: Rede und Antwort



Beim Betriebschef: Sorgen

die den Anschluß an die Versachlichung der Betriebsratsarbeit, die sich seit 1952 in zunehmendem Maße bemerkbar macht, verpaßten, wurden laufend „abgewählt“.

Wer sich mit den Betriebsräten unterhält, staunt – besonders bei den jüngeren – über die gute Paragraphenkenntnis, wundert sich über ihr Wissen im Tarifrecht oder dem Betriebsverfassungsgesetz, wo sie ebenso zu Hause sind wie etwa im Sozial- und Arbeitsrecht. Fast jeder von ihnen ist in einer oder zwei der zehn Betriebsratskommissionen vertreten. Wieviel Spezialkenntnisse sind erforderlich, um etwa in der Lohnkommission, im Ausschuß für Arbeitszeitverkürzung, im Pensionsausschuß oder in der Sozialkommission wirklich mitreden zu können.

Die fortschreitende Technisierung des Produktionsprozesses bringt laufend Veränderungen in der Arbeitswelt mit sich, die nicht ohne Einfluß auf die Probleme der Betriebsratsarbeit sind. Wo einst bei der Diskussion solcher Probleme (z. B. Akkord- oder Arbeitszeitfragen) mit dem Arbeitgeber eine Improvisationslösung akzeptabel war, haben heute Paragraphen das Wort. Es wird hart, aber durchweg sachlich verhandelt, um jeden Pfennig, um jede Minute, um jeden Mann gerungen. Auch der Arbeitgeber, der früher ebenfalls eher über den Daumen zu peilen geneigt war, verfügt heute über Spezialisten, denen nur ein wirklich die Materie beherrschender Betriebsrat gegenüberreten kann. Der qualifizierte Betriebsrat ist dem Arbeitgeber sogar erwünscht und förderungswürdig.

In dieser kühlen Atmosphäre des Verhandels, des gegenseitigen Kräftemessens, kann keine Freundschaft zwischen den Verhandlungspartnern gedeihen. (Sozialpartner sind die Kontrahenten wohl noch immer nicht.) Die ersten Jahre nach 1945 scheinen nur noch eine blasse Erinnerung zu sein. Forderungen hier, Ablehnung da; Kompromisse, Zugeständnisse. Ein ewiges Aushandeln, Feilschen. Aber man ist sachlich. Doch das Bild im großen und ganzen erfreulicher Zusammenarbeit weist hier und da Schönheitsfehler auf. Jede Seite beklagt den gelegentlichen Mangel an Fairneß des Gegenspielers. Spricht man mit dem Betriebsrat, so muß man hören, daß seine im Betriebsverfassungsgesetz verbrieften Rechte (Mitwirkung und Mitbestimmung in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten) vom Arbeitgeber auf das eben zulässige Maß beschränkt würden: „Man hat uns überfahren...“ Jedoch sind zwei Betriebsräte auf Grund des Mitbestimmungsgesetzes gleichberechtigt im Aufsichtsrat vertreten; offene Aussprachen zwischen Werksleitung und Betriebsrat (Diensttagsgespräch) finden wöchentlich statt; alle drei Monate nehmen Vertreter des Betriebsrats an der erweiterten Vorstandssitzung des Unternehmens teil. Das ist Mitbestimmung in der Praxis. Doch manchmal schüttelt der Arbeitgeber den Kopf: „Hören Sie sich diese Forderungen an. Was soll man da machen...? Schließlich sind wir doch ein Wettbewerbsunternehmen.“ Diskutierte man einst – im gemeinsamen Interesse – über Lebensfragen, über die Erhaltung der Hütte, so bezieht man heute mit lohnpolitischen und betriebswirtschaftlichen Spitzfindigkeiten gegeneinander Stellung. Das früher übliche großzügige Verhandeln ist vielfach zum erbitterten Nahkampf um Kleinigkeiten geworden. Gegenseitiges Vertrauen ist nicht immer selbstverständlich...

Mit dem Schlagwort „Verbürgerlichung der Arbeiterklasse“ umschreibt man heute den soziologischen Strukturwandel, den der arbeitende Mensch in der Industriegesellschaft durchmacht. Wer vermag noch Angestellte von Arbeitern – zumal die jüngeren – zu unterscheiden? Sie wirkt sich bis auf den Arbeitsplatz aus. Die Muskelarbeit wird zunehmend zur Geistesarbeit. Neben dem Schaltpult gewinnt der Schreibtisch immer mehr an Bedeutung auch für den Arbeiter. Wen wundert es, daß der Betriebsrat einen Bürostuhl und ein Bücherregal mit Gesetz- und Verordnungstexten hat? Gewiß, seine Hände sind nicht mehr schweißig, und der Körper ist nicht mehr von Schwerarbeit verkrampft. Aber sein Arbeitstag ist gleichwohl schwer. Wer in den Betriebsratsbüros zu Gast ist, der ist erstaunt vom ständigen Kommen und Gehen: Urlaubsfragen, Akkordzeiten, Vorschüßbitten, persönliche Anliegen. Der Betriebsrat wird eingedeckt mit sozialen, menschlichen und betriebswirtschaftlichen Problemen, die er oft gar nicht so rasch lösen kann. Einem Richter gleich muß er entscheiden, wer im Recht ist bei Streitigkeiten im Betrieb, und man erwartet von ihm eine Entscheidung, möglichst positiv. Oft genug muß dann der Betriebsrat den Mut zur Unpopularität aufbringen und sagen: „Hier ist nichts zu machen, denn der Paragraph...“ oder „Sei doch vernünftig, Kollege“. Wann ist Zeit, sich noch für eine Kommissionssitzung vorzubereiten? Probleme, Probleme; und man darf nicht glauben, daß hier leichtfertig entschieden würde. Mit redlichem Verantwortungsbewußtsein bemüht sich jeder Betriebsrat, auch noch dem letzten Mann zu seinem Recht zu verhelfen.

Ein Betriebsrundgang bei Schichtbeginn ist wohl für jeden Betriebsrat eine Selbstverständlichkeit. Und doch, der Mann im

Betriebsrat: Vertrauen



Betrieb spürt wohl den Wandel, der sich am „Kollegen Betriebsrat“ vollzieht, sitzt er erst einmal im Büro: ganz zwangsläufig bekommt der Betriebsrat eine zumeist uneingestandene und wohl unbeabsichtigte Distanz zu seinen Kollegen im Betrieb. Durch seine Mitarbeit im Gesamtbetriebsrat, durch die Mitwirkung in den Kommissionen wird er nun einmal früher oder später in einen Verantwortungsbereich hineingezogen, der weit über den ihm anvertrauten Betrieb hinausgeht.

Nicht selten mag sich im Herzen eines Betriebsrats ein Gewissenskonflikt abspielen, wenn er bei Abstimmungen vor der Frage steht, ob er sich für das Wohl der gesamten Hüttenbelegschaft, der Hütte schlechthin, entscheiden soll oder dem Interesse „seines“ Betriebes den Vorrang geben muß. Oft genug nämlich decken sich die Interessen nicht. Für den einzelnen Betriebsrat ist nun einmal „sein“ Betrieb zunächst wichtiger als die übrige Hütte.

„Ich habe meinen Laden gut in Schuß. Kürzlich konnte ich erst wieder eine Zulage bei der Werksleitung herausholen.“ Mit Stolz sagt das ein Betriebsrat, der wohl von sich behaupten darf, daß er mit allen „bestens kann“, der beliebt ist und dem keine Mühe für seinen Betrieb zu viel ist. Die Kollegen der Nachbarbetriebe aber, die auf Grund der betrieblichen Verhältnisse nicht so viele Vorteile für ihre Männer „herausholen“ konnten, sind nun böse. Zu Recht? Betriebsegoismus ist eine Gewissensfrage.

Der Betriebsratsvorsitzende hat nun die gewiß nicht leichte Aufgabe, alle einzelnen Interessen unter einen Hut zu bringen. Er muß Koordinator und Schiedsrichter sein. Von seinem Verhandlungsgeschick hängt die Solidarität, die geschlossene Einheit des Betriebsrats ab. Fehlt seine starke Hand, wird bald in jedem Betrieb ein eigenes Süppchen angerührt. Aber er ist nicht nur als Vertreter der Arbeitnehmer Verhandlungspartner von Werksleitung und Vorstand; als Aufsichtsratsmitglied (Arbeitervertreter) des Unternehmens hat er die Geschicke des ganzen Betriebes mit zu verantworten. Die Stellung des Betriebsratsvorsitzenden leidet also in besonderem Maße unter dem Zwiespalt, auf zwei Schultern tragen zu müssen.

Auch die Verbindung zur Ortsverwaltung der Gewerkschaft will gepflegt sein. Hier ist ebenfalls der Betriebsratsvorsitzende der maßgebende Mann. Gewiß, der Betriebsrat ist frei in seiner Arbeit, in seinen Entscheidungen innerhalb seines Betriebes. Das Gewerkschaftsprogramm mag wohl Richtschnur sein, doch ausschlaggebend für das Handeln sind die betrieblichen Verhältnisse. So verwundert es nicht, wenn man bei Betriebsratssitzungen die Gewerkschaft kaum erwähnt, deren Tarifpolitik zu befolgen man sich im übrigen gewissenhaft bemüht.

Das Betriebsratsmandat ist ein Ehrenamt, das auszufüllen eine gute Portion Idealismus erfordert. Viel Arbeit, Ärger, Verdruß



Jede Seite muß gehört werden

Es ist dem Betriebsrat weitgehend selbst überlassen, wie er seinen Posten ausfüllt. Will er aber wiedergewählt werden, muß er Erfolge vorzuweisen haben. Er muß mit seinen Leuten „gut können“, er muß ihre Sprache sprechen. Daß es dabei im Hammerwerk anders zugeht, als etwa in der mechanischen Werkstatt, versteht sich von selbst. Die Betriebsräte dieser Betriebe unterscheiden sich schon allein vom Typ her. Neben das enge und herzliche Verhältnis zum Kollegen im Betrieb tritt aber auch das so bedeutsame Verhältnis zum Meister und der Betriebsleitung. Insbesondere die Meister, als unmittelbare Gesprächspartner bei betrieblichen Schwierigkeiten, können dem Betriebsrat, der „den Mund zu voll“ nimmt, manche Stolperdrähte spannen.

Doch hat es sich bislang noch immer bestätigt: wer erst einmal Verantwortung auf den eigenen Schultern tragen muß, wird bald sachlicher reden.

Das Verhältnis zur Betriebsleitung steht im allgemeinen im Zeichen harter Auseinandersetzungen. Aber man arrangiert sich. Schließlich sitzt man in einem Boot. Allgemeines Urteil: Man kommt gut miteinander aus. Der Betriebsablauf erfordert eben die rasche Lösung aller Probleme. Probleme „auf der langen Bank“ sind untragbar.

und Undank sind der Lohn. Das Entgelt bemißt sich nach dem Arbeitslohn der letzten Tätigkeit im Betrieb; besondere Zuschläge fallen sogar weg; Aufstiegsmöglichkeiten sind kaum vorhanden. Mancher der jungen Betriebsräte auf der Hütte könnte auf Grund seiner fachlichen und menschlichen Qualifikationen inzwischen Vorarbeiter, der eine oder andere gar Meister geworden sein. Doch zunächst haben sie sich für die Arbeit im Betriebsrat entschieden. Machtstreben? Freistellung von der Arbeit? Ehrgeiz oder Geltungsdrang? Das alles sind keine ausreichenden Gründe, um für den Betriebsrat zu kandidieren. Es gehört schon mehr dazu, eben jener Funken Idealismus, der den einzelnen dazu befähigt, sich für andere einzusetzen. Das fällt aber um so schwerer, als sich der Betriebsrat – und das erscheint uns ein interessantes Phänomen – sowohl nach oben als auch nach unten fast stets in der Defensive befindet. Zehn Jahre sind seit 1949 vergangen. Ja, damals ... das waren noch Zeiten ...

1949. Das ist Geschichte. Der Betriebsrat von heute muß seine Aufgaben in einer Umwelt zu lösen versuchen, die sowohl unter technisch als auch gesellschaftlich völlig veränderten Vorzeichen steht. Wer sich das klar macht, wird verstehen, warum die Arbeit des Betriebsrates in jeder Hinsicht schwerer und undankbarer geworden ist.



Messebesuch in Polen

RUHRSTAHL ERSTMALIG IN POSEN

Die Ruhrstahl AG hat sich in diesem Jahr erstmalig nach dem Krieg an der Posener Messe (7.—21. Juni 1959) beteiligt. 155 Aussteller aus Westdeutschland, vornehmlich Hersteller von Investitionsgütern, versuchten erneut mit Polen durch direkte Gespräche ins Geschäft zu kommen. Die Bundesrepublik ist im Bereich der westlichen Welt gegenwärtig der größte Handelspartner dieses Ostblockstaats. Die Außenhandelsumsätze zwischen beiden Ländern erreichten 1958 mit 630 Mill. DM ein Volumen, das annähernd doppelt so hoch ist als vor dem Krieg. Leider besteht nach immer kein langfristiges und detailliertes Handelsabkommen zwischen Polen und der Bundesrepublik. Der Warenverkehr wird zur Zeit auf der Basis eines Abkommens von 1956 abgewickelt, das allerdings gelegentliche Erhöhungen der Wertgrenze zuläßt. Die Pflege des polnischen Marktes ist auf Grund der politischen Konstellation ungewöhnlich schwierig, doch dürften für die Zukunft die Absatzmöglichkeiten als relativ günstig bezeichnet werden. Die Ruhrstahl AG beschränkte sich bei der Auswahl ihrer Ausstellungsstücke auf wenige, aber eindrucksvolle Erzeugnisse aus ihrer Fertigung: Die Henrichshütte stellte eine Stützwalze für ein Kaltblechwalzwerk (Gewicht 14 265 kg), Arbeitswalzen für ein Quarto-Kaltblechwalzwerk (Gewicht 1 853 kg), eine Induktorwelle (Maschinenleistung 100 000 kW, Gewicht 36 200 kg) und eine Turbinenwelle für die Kaplan-Turbine eines Kraftwerkes (Gewicht 50 000 kg, Länge 10 700 mm) aus. Das Annener Gusstahlwerk war mit einer vierfach wirkenden Schiffskolbenpumpe, einer zweiflutigen Dockpumpe und einer Hille-Gelenkspindelbohrmaschine vertreten. Die Brackweder Rohrgewindefräse fand wieder das besondere Interesse des „kleinen Mannes“, also der Handwerker und Vertreter von Kleinbetrieben.



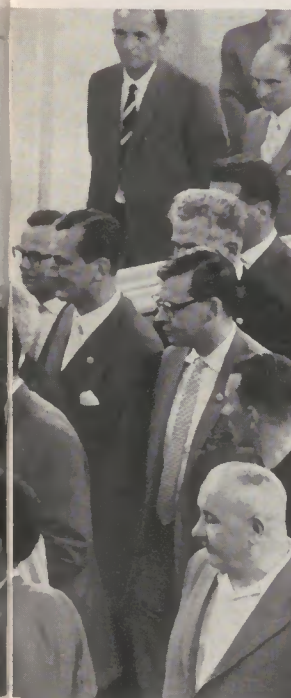
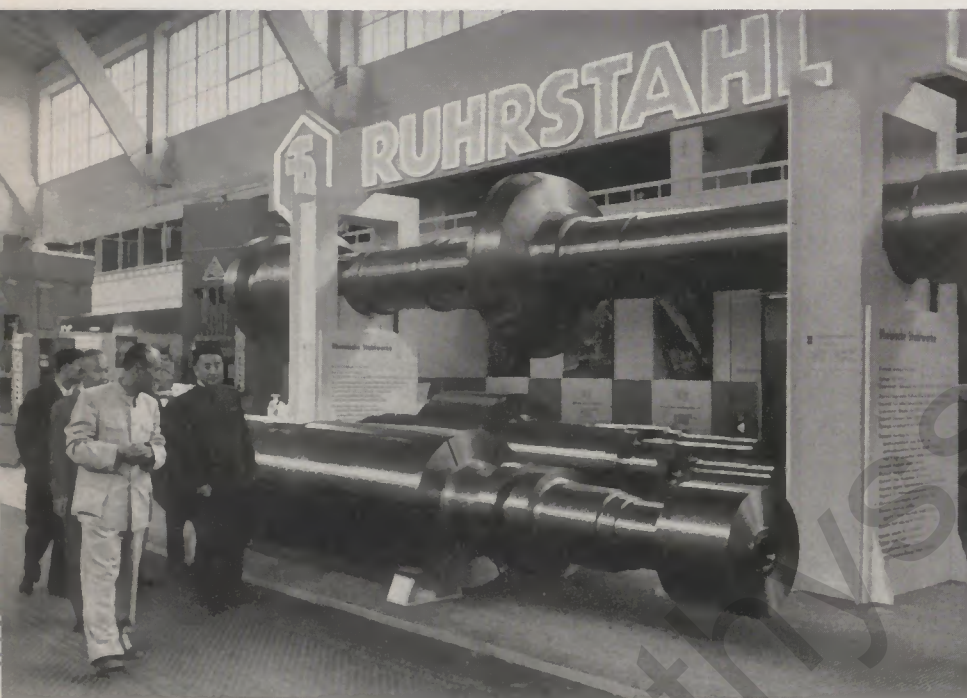
Während am 7. Juni gegen elf Uhr Polens Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz die 28. Internationale Posener Messe eröffnete, wurden auf dem Stand der Ruhrstahl AG in Halle 2 die letzten Schilder in polnischer Sprache an den Ausstellungsstücken angebracht, bereitete sich die „Besatzung“ des Standes auf Messetage vor, von denen keiner so recht wußte, was sie bringen würden. Der Ruhrstahl-Stand erregte allgemein Aufsehen; er war in seiner klaren Gestaltung durch wenige große Werkstücke wohl der eindrucksvollste Stand der deutschen Halle überhaupt. Der Beteiligung an der Posener Messe lagen Überlegungen zugrunde, die durch die Entwicklung des polnischen Außenhandels bestimmt wurden: die Tendenz ist eine zweifellosermaßen stärker spürbare Verlagerung der Importe von Konsum- zu Investitionsgütern. So paßt auch die Tatsache in das Gesamtbild, daß die westdeutschen Aussteller zwar zahlenmäßig zurückgegangen sind (rd. 20 %), flächenmäßig aber einen größeren

Raum (rd. 20 % der Gesamtfläche der ausländischen Aussteller) belegten. — Von den Firmen, die 1959 die Posener Messe nicht wieder besuchten, vertrat der überwiegende Teil Konsumgüter. Die westlichen Länder haben ein großes Interesse daran, mit Polen, das innerhalb der Ostblockländer die führende Stellung im Handel mit dem Westen einnimmt, ins Geschäft zu kommen. Aber nach dem Urteil erfahrener Außenhandelskaufleute ist das Polengeschäft außerordentlich schwierig und kompliziert. So wird sich eine Beteiligung an der Posener Messe kaum sofort durch große Aufträge auszahlen. Wichtig sind die Gespräche, in denen das Feld abgetastet wird und Kontakte vorbereitet werden, die sich — vielleicht — später in Aufträge verwandeln.

Die Posener Messe ist, ähnlich der Leipziger Messe, ein Schaufenster industrieller Leistungskraft für Ost und West. Was liegt

also näher als das vergleichende Beschauen beim Messe-rundgang. Den größten Raum auf der Posener Messe nahm selbstverständlich das Gastland ein. Doch was es zeigte, war im großen und ganzen kein Weltstandard. Selbst gegenüber der Tschechoslowakei, der Sowjetzone und erst recht der UdSSR hinkt es in der Qualität und Vielfalt der Erzeugnisse nicht unbeträchtlich nach. Eine Ausnahme bildet das beachtliche Niveau des Waggonbaus. Die Schau der Bundesrepublik übertraf an Umfang und Vielzahl der Erzeugnisse bei weitem die Ausstellungen der UdSSR und der USA. Produktionsgüter aller Art dürften den Ostblockbesuchern in mancher Hinsicht den produktionstechnischen Rückstand ihrer Staaten deutlich vor Augen geführt haben. Ebenso wie die Deutschen haben auch die übrigen westeuropäischen Aussteller — durch die Erfahrung vorjähriger Messen gewitzt — ihr Schwergewicht auf Investitionsgüter gelegt.

Während die Sowjetunion ihre auf keiner Messe oder Ausstellung fehlende Sputnik-Parade präsentierte (weiter zeigten sie einige Luxus-Limousinen, die USA-Modellen vom Jahre 1955 verzeifelt ähnlich sahen, sowie Maschinen, optische Geräte, Konsumgüter und Modelle), hatten die USA einen Messeschlager eigener Art parat: ihr Pavillon stand — ähnlich dem auf der Brüsseler Weltausstellung — unter dem Motto „So lebt man in Amerika“. Ein vollständig eingerichteter Drugstore mit allem drum und dran sowie eine kleine Landwirtschaftsschau waren die Hauptanziehungspunkte für die Schaulustigen aus der polnischen Provinz. Die Amerikaner, deren Interesse an Polen wohl weniger wirtschaftlich als vielmehr politisch orientiert ist, demonstrierten an einigen polnischen Kühen, wie man mit westlichen Methoden die in Polen übliche Milchleistung von 5–8 l pro Tag auf 20 l erhöhen kann. So etwas überzeugt mehr als politische Propaganda oder leblose Ausstellungsstücke.



Messe-Bilder: Wohl kaum ein Bild könnte mehr über das heutige Polen aussagen als unser Foto rechts oben: Eine Frau, gleichberechtigtes aber auch gleichverpflichtetes Mitglied der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Ostblockländer, Spezialistin im Maschinenbau, erklärt einer Gruppe interessierter polnischer Mönche eine Werkzeugmaschine. Die eigenartige Verbindung, die der fortschrittsgläubige Kommunismus und die traditionsgebundene katholische Kirche in Polen miteinander eingingen, ist wohl einmalig im kommunistischen Herrschaftsbereich. Übrigens: die Schönheit der polnischen Frau wird seit alters her gerühmt. Zu Unrecht (Foto links oben)? — Eindrucksvoll war der Ruhrstahlstand (Bild ganz links); Polens Ministerpräsident Cyrankiewicz (Foto links, 5. v. l.) stattete ihm einen Besuch ab. — Den Amerikanern kam es darauf an, die Polen mit dem amerikanischen Lebensstandard vertraut zu machen (Foto rechts).





Das neue Polen: Ein Knabengesicht, noch weich die Züge, aber ernst, fragend die großen Augen. Ein polnischer Junge, geboren in eine neue Zeit, die er erst langsam begreifen lernt. Er ist uniformiert, aber es ist nicht der Rock der Komsomolzen, der kommunistischen Jugend, sondern der der Pfadfinder, deren weltweite Organisation wohl nur in Polen als einzigem Land hinter dem Eisernen Vorhang noch offiziell anerkannt ist. Polen – Land zwischen Ost und West, nach Osten gefordert, nach Westen tendierend. Die Generation dieses Knaben wird vielleicht einmal darüber entscheiden, wohin Polen wirklich gehören will. Noch aber sucht dieses Land nach einer Form des Sozialismus, der sowohl der Kirche beläßt als auch dem ausgeprägten Nationalgefühl Rechnung trägt. Im Hinblick auf die strengen Bindungen an den Ostblock ist dies ein nur vorsichtig und langsam zu lösendes Problem.



Posen ist eine interessante Messe, nicht weil sie übermäßig geschäftsträchtig ist, sondern weil hier – wie auch in Leipzig – der Stand des Wirtschaftswettbewerbs zwischen Ost und West meßbar wird. Gewiß ist der Ostmarkt für den Westen bedeutsam. Aber solange auf Grund der östlichen Planwirtschaftssysteme ein marktkonformer Konkurrenzkampf nicht möglich ist und der Handelsaustausch nur „Ware gegen Ware“ erfolgen kann, wird sich das vom Westen erhoffte und vom Osten angestrebte Geschäft nur zögernd entwickeln.

Um einen typischen Eindruck von Polen zu erhalten, brauchte man eigentlich nur bis zur polnischen Grenzstation auf der Oderbrücke bei Frankfurt (Oder) zu fahren. Auf der DDR-Seite eine Holzbaracke, penetrant nach Desinfektionsmitteln riechend, Kampfparolen zur Selbstverpflichtung an den Wänden, die üblichen Parteibilder; Zollbeamte, die zackig grüßen – sogar mit Zusammenklappen der Hacken. Auf der polnischen Seite eine freundliche Steinbaracke, mit Läufern ausgelegt, Uniformen, die nicht an russische Vorbilder erinnern, an den Wänden nur der polnische Adler und ein Lautsprecher, der sehr westliche Musik (lies: Jazz) ertönen ließ. Beiden Seiten jedoch gemeinsam: der umständliche Papierkrieg.

Deprimierend dagegen ist die Fahrt durch die ehemals deutschen Gebiete. Das Gesicht der Dörfer hat sich kaum geändert, seit sie vor vierzehn Jahren vom Krieg überrollt wurden. Zwar sieht man keine unbebauten Felder, aber in den Dörfern stehen Häuser leer, zerfallen langsam; klein ist die Zahl der gepflegten Höfe. Deutsche Inschriften sind konsequent entfernt worden. Nur einmal konnte man noch lesen: „Fahrrad...“; die aufgemalte Schrift war aus dem Putz herausgemeißelt.

Posen überrascht auf den ersten Blick. Zwar hat die Stadt das typische Ostblock-Grau, aber dieses Grau ist heller, fast ein wenig „farbig“. Es fehlen die in der Ostzone üblichen Spruchbänder, die Riesenbilder der politischen Prominenz. Die Atmosphäre in Polen scheint irgendwie freier. Zwar sind die Auslagen der Geschäfte dürrig, aber die Menschen sind vielfach gut, oft sogar erstaunlich modisch gekleidet. Häufig sieht man noch bei Begrüßungen den Handkuß auf offener Straße. Aber das Kennzeichen totalitärer Staaten, ein großes Polizeiaufgebot, gemahnt daran, daß man sich jenseits des Eisernen Vorhangs befindet.

Die Löhne in Polen sind niedrig. Ein Arbeiter verdient monatlich normalerweise etwa 1200 Zloty, während ein Akademiker zwar um 2700 Zloty verdient, aber nur 1700 Zloty ausbezahlt bekommt.

Und das Leben ist teuer! Bei den hohen Preisen – ein Paar Schuhe kostet 600 Zl., ein guter Maßanzug über 3000 Zl., 1 kg Zucker 12 Zl., 1 kg Tomaten 65 Zl. – reicht, so hört man vielfach, der Verdienst gerade aus, um den rohen Lebensunterhalt zu bestreiten. An Anschaffungen sei nicht zu denken. Dafür scheint eine gewisse Privatinitiative einzusetzen, die trotz aller Verstaatlichung auf verschiedenen Gebieten erstaunlich ist. So blüht, teilweise in Hinterhöfen, illegal, aber geduldet, ein „Grauer Markt“, auf dem alles gehandelt wird, was im normalen Warenangebot nicht zu finden ist.

Wichtiger ist wohl noch die freilich begrenzte Sphäre der persönlichen Freiheit, die dem einzelnen zugestanden wird. Man ist in Polen zweifellos freier als etwa in der DDR und Jugoslawien. Die Polen sind aufgeschlossen, zu dogmafreier Diskussion bereit, kritisch in ihrem Urteil. Viele sprechen ganz offen über ihre

Posener Bilder: Eine Pferdekutsche, Fronleichnamskränze an einem Heiligenstandbild, das Rathaus, zu Kaisers Zeiten von einer deutschen Verwaltung erbaut (Bild oben). Auch das ist das Polen heute: Tradition und christlicher Glaube gelten noch viel in diesem Land, das einen Sozialismus eigener Prägung zu entwickeln versucht. Daß der Höhenflug dieses Sozialismus noch an vielen Fragen des Alltags scheitert, beweisen die offiziell geduldeten „Grauen Märkte“ (Foto oben Mitte), auf denen die Bevölkerung jene Bedarfsartikel finden kann, die es im Handel noch nicht oder nur unzureichend gibt. Ein Bild, das uns an 1947 erinnert. Unser Foto rechts könnte wohl ebenso in Westdeutschland entstanden sein: Ein junger Mann, vielleicht gut bezahlter Facharbeiter, und seine „Motorradbraut“. Polnischer Alltag, erlebt und gesehen mit dem Kameraauge.

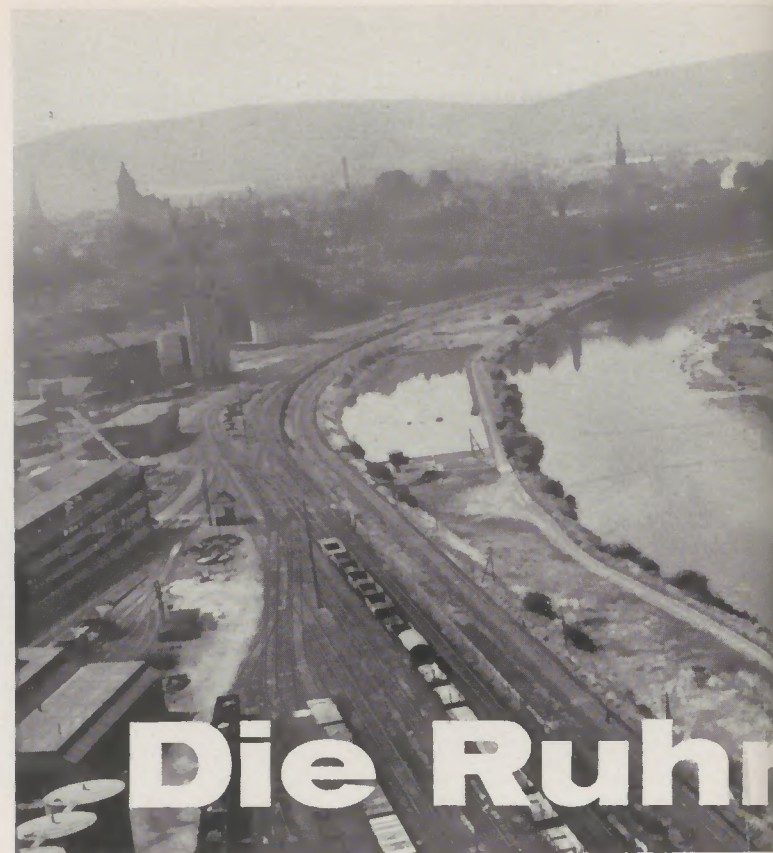


außenpolitische Einstellung, über ihr Mißtrauen den Deutschen, aber auch dem östlichen Nachbarn gegenüber. In ihrer Anerkennung für den wirtschaftlichen Standard Westeuropas schwingt mit, wie eng sie dieser Lebensform doch innerlich verbunden sind (Wie sehr ist doch die Geschichte Polens die Geschichte seiner westlichen Nachbarn!); als Lösung des Ost-West-Problems wird oft, völlig undogmatisch, ein vereintes Europa ohne Grenzen vorgeschlagen.

Der Staat übersieht geflissentlich diese kleinen Freiheiten persönlicher Meinungsäußerung, wie auch sein Machtanspruch vor dem Einfluß der katholischen Kirche halt macht. Vielleicht war der Aufstand vom Oktober 1956 eine Lehre dafür, daß ein Volk, das seit Jahrhunderten gewohnt ist, seine Unabhängigkeit gegen West und Ost zu verteidigen, mehr braucht, als nur die Luft zum Atmen.



Am 21. Mai 1959 fiel der Startschuß zu einem der größten Bauprojekte, das unter der Regie der Ruhrstahl AG in den letzten Jahren in Angriff genommen wurde: die Ruhr, die in einem Bogen das Hüttengelände nach Westen begrenzt, wird begradigt, wodurch rund 500 000 qm neues Hüttengelände gewonnen werden. Hier sollen die schon lange geplante Sinteranlage, die modernste ihrer Art, sowie eine Erzverladeanlage und Erzlager entstehen. Auch hierfür sind bereits die Arbeiten in Gang gekommen. Schließlich muß auch die Gleisverbindung der Bundesbahn mit der Heinrichshütte sowie die Gleisstrecke der Ruhrthalbahn (Essen-Hagen) neu verlegt werden. Wir haben es also mit drei gleichzeitig laufenden Bauprojekten zu tun, die jedoch in ihrem Terminablauf sehr sorgfältig aufeinander abgestimmt werden müssen. Seit die „Ruhrverlegung“ im Jahre 1957 erneut aktuell geworden ist, hat sich die Hattinger Lokalpresse wiederholt mit diesem für den ganzen Hattinger Raum bedeutsamen Ereignis beschäftigt. Überlegungen — etwa um einen zu schaffenden Stausee — wurden diskutiert, vielschichtige juristische Probleme wurden erörtert. Während fanden in aller Stille die Verhandlungen der Rechtsabteilung der Ruhrstahl AG mit den Behörden, dem Ruhrverband, der Stadt Hattingen sowie mit den von der Ruhrverlegung betroffenen Flußanliegern statt. Besondere Schwierigkeiten bereiten vor allem die einstige Mühle und Wasserkraftanlage Birschel sowie die Badeanstalt und die damit verbundenen Gewerbetriebe der Firma Julius Stalle und Sohn. Die Stadtverwaltung Hattingen verlangt, daß Ruhrstahl eine neue Badeanstalt bauen soll. Schließlich mußten die von der Ruhrverlegung betroffenen Bergwerkseigentümer zu einem Verzicht auf den Kohleabbau bewegt werden. Darüber hinaus wurden Vermessungen durchgeführt, Gutachten eingeholt und die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt. Wie uns der Leiter der Rechtsabteilung, Dr. Bermig, mitteilte, konnten in zum Teil langwierigen Einzelverhandlungen die juristischen Probleme weitgehend geklärt und in mühevoller Kleinarbeit gelöst werden. Nachdem eine erste, hochwasseraufsichtliche Genehmigung für die Bauarbeiten bereits erteilt worden ist, haben in dem z. Z. noch laufenden Planfeststellungsverfahren sämtliche von der Ruhrverlegung Betroffenen die Möglichkeit, ihre Ansprüche und Wünsche geltend zu machen. Auch die Technik bietet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr. Der Leiter der Neubaubteilung der Heinrichshütte, Oberingenieur Remberg, gab uns hierzu einige technische Auskünfte.



Die Ruhr wird verlegt

An den Wänden des Büros des Leiters der Neubaubteilung der Heinrichshütte hängen einige große Pläne, die für den Laien ein wenig verwirrend sind; sie enthalten genaue Daten über den neuen Ruhrverlauf und die künftige Bebauung des neugewonnenen Hüttengeländes. Aber nicht mit der Erläuterung der neuen Pläne begann die Unterhaltung mit Obering. Remberg, sondern mit einer Reminiszenz: auf dem Tisch lag ein Plan aus dem Jahre 1941, das sog. „Osterei“. Zu Ostern 1941 hatte nämlich die Neubaubteilung bereits einen generellen Bebauungsplan für die künftige Ausweitung der Heinrichshütte einschließlich einer Ruhrverlegung ausgearbeitet. Schon damals war es den Planern klar geworden, daß die Ausdehnung der Heinrichshütte nur durch eine Begradigung des Ruhrbogens möglich sein würde. So sah denn der Plan eine Ruhrverlegung vor, die der heutigen sehr ähnlich ist. Auf diesem alten Plan war auch bereits der Neubau der Brucherstraße fast in der gleichen Form vorgesehen, wie er vor zwei Jahren Wirklichkeit geworden ist. Ähnliches läßt sich von verschiedenen Werksanlagen sagen, die in den letzten Jahren entstanden oder noch in der Planung sind.

Die Ruhrverlegung ist also keineswegs ein neues Projekt, das erst in den letzten Jahren diskutiert wurde. Bereits in den Jahren 1942/43 wurde der größte Teil des von der Hütte benötigten Geländes auf der anderen Ruhrseite gekauft. Krieg und Nachkriegszeit haben das Projekt lediglich „schlummern“ lassen. Richtig ist allerdings, daß erst im Jahre 1957 die alten Planungen wieder aktuell wurden, da erst zu diesem Zeitpunkt die Begrenzung der Heinrichshütte durch die Ruhr einerseits und die Talwand zur Brucherstraße andererseits wieder bedrohlich spürbar wurde. Die Hütte, die kostenmäßig gegenüber jenen Hüttenwerken benachteiligt ist, die über einen unmittelbaren Anschluß an das Schiffsahrtssystem auf Rhein und Ruhr verfügen, muß versuchen, diesen Nachteil durch Modernisierung und Rationalisierung ihrer Verladeanlagen auszugleichen. Der Bau einer Sinteranlage sowie einer großzügig geplanten Erzanlage sollen hierbei mithelfen.

Die Neubaubteilung der Heinrichshütte ist an der Konzeption, Planung und z. T. auch an der Durchführung der Ruhrverlegung in hohem Maß beteiligt. Zweifellos ist die Verlegung eines Flußlaufes keine alltägliche Aufgabe für die Neubaubteilung eines Hüttenwerks, aber für Ingenieure gibt es offenbar keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in der Lösung auch zunächst „artfremder“ technischer Probleme.

Aus der Vogelperspektive: Unser Foto oben, vom Hüttengasometer (78 m hoch) aufgenommen, vermittelt einen guten Überblick über den Bauplatz „Ruhrverlegung“. — Manchmal ist die Natur stärker als die Technik: im Schlamm steckengebliebene Schürfraupe (links)

Die organisatorische Form und die Abgrenzung der Verantwortungsbereiche für die Bauarbeiten beruhen auf den Bestimmungen des Wassergesetzes. Danach ist Ausbauunternehmer und damit Bauherr für die Ruhrverlegung das Land Nordrhein-Westfalen, für das die Ruhrschiffahrtsverwaltung in Duisburg unter Leitung von Baurat Lossier tätig wird. Das Land hat die eigentliche Abwicklung der Arbeiten der Ruhrstahl AG überlassen, die ihrerseits für den wasserbaulichen Teil den Ruhrverband, der auf diesem Gebiet über langjährige Erfahrungen verfügt, als Generalunternehmer herangezogen und ihm die Verantwortung für Planung und Bauleitung übertragen hat. Die übrigen Arbeiten werden unmittelbar von der Neubaubteilung der Heinrichshütte geleitet. Zu der schwierigen Planung und Vorbereitung des gesamten Projektes wurden vor allem das Ingenieurbüro Rhein-Ruhr, Essen, das Flußbaulaboratorium der Technischen Hochschule Karlsruhe unter Leitung von Professor Dr. Wittmann, das Erdbaulaboratorium Dr. Schmidbauer, Essen, sowie die Grünlandforschungsstelle, Kleve, herangezogen und haben wesentlich zu der endgültigen Gestaltung der Pläne, die jetzt der Regierung in Arnberg vorliegen, beigetragen.

Es würde zu weit führen, wollte man an dieser Stelle auf die verschiedenen Vorbereitungsarbeiten, die schließlich im Baubeginn gipfeln, eingehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang nur folgendes: Lange Zeit ging die Planung von der Voraussetzung aus, daß ein neues Wehr sowie eine neue Schleusenanlage geschaffen werden müßten, da theoretische Bedenken gegen die Beibehaltung des alten Streichwehres (Hattinger Ruhrschlagd) erhoben worden waren. Diese Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Errichtung des Hattinger Stausees durchgeführt werden sollten, hätten für die Heinrichshütte zusammen mit horrenden Forderungen einiger der betroffenen Anlieger eine große zusätzliche Belastung zur Folge gehabt. Als schließlich das auch von der Stadt Hattingen befürwortete Projekt des Ruhrverbandes, einen Hattinger Stausee zu errichten, vor allem durch Schwierigkeiten beim Grunderwerb und wegen der Erhöhung der Kosten für die Errichtung des etwa in Höhe des Gemeinschaftswerkes geplanten Wehres wesentlich teurer veranschlagt werden mußte, als ursprünglich vorgesehen war, wurden neue Überlegungen angestellt und Modellversuche bei der Technischen Hochschule Karlsruhe durchgeführt, bei denen auch die Möglichkeit der Beibehaltung des gegenwärtigen Wehres untersucht wurde. Diese Modellversuche, die im Maßstab 1:100 durchgeführt werden und ein seit langem anerkanntes Mittel sind, die Auswirkungen und wasserbautechnischen Maßnahmen zu untersuchen, ergaben einwandfrei, daß weder das Wehr noch die Schleuse geändert werden müßten. Damit entfielen die Voraussetzungen für die vom Ruhrverband geforderte Beteiligung der Ruhrstahl AG an den zuletzt wesentlich erhöhten Kosten des Stausees, so daß dessen Errichtung zunächst zurück-

gestellt werden mußte. Dieses Ergebnis wurde erst Anfang dieses Jahres bekannt, so daß in kürzester Frist die bis dahin der Verlegung der Ruhr zugrunde liegenden Pläne umgestellt werden mußten. Die bereits fertigen Baupläne, die den Stausee vorsahen, verschwanden wieder in den Schreibtischschubladen. Hattingen wird den fremdenverkehrsmäßig attraktiven Stauseeplan zunächst begraben müssen.

Es ist bekannt, daß die Ruhr bei Hattingen von der Güterschiffahrt aus Rentabilitätsgründen nicht mehr genutzt wird. Gleichwohl gilt der Fluß hier noch als ein „Wasserlauf erster Ordnung“. Das führte dazu, daß die gesamte Planung der Ruhrverlegung unter dem Zeichen des „als ob“, d. h. der Erhaltung der Schiffbarkeit, stand. Schleuse, Schiffswende, Hochwasserschutz usw. mußten so in die Planung einbezogen werden, als handele es sich bei der Ruhr in Höhe der Hütte noch immer um einen von der Güterschiffahrt frequentierten Fluß. Ein zur Zeit in Arbeit befindliches neues Wassergesetz wird allerdings für diesen Teil der Ruhr in absehbarer Zeit eine neue Rechtslage schaffen. Darüber hinaus sollen bei der Anlage des neuen Ruhrbettes alle nur möglichen Sicherungen geschaffen werden, um dem Hochwasserrisiko wirksam zu begegnen: der Ausbau des neuen Ruhrstücks wird also in der Lage sein, 2200 cbm Wasser pro Sekunde (Hochwasser, wie es seit 1890 nicht mehr vorgekommen ist) zu bewältigen. Eine solche Wasserführung ist aber heute schon deshalb nicht mehr aktuell, weil durch eine Reihe von Talsperren derartig große Hochwasser gar nicht mehr entstehen können.

Entsprechend wird nun auch das neue, etwa 1600 m lange Flußbett der Ruhr weit und leistungsfähig für die Abführung der Hochwässer ausgebaut. Es erfährt dabei eine Kürzung um ca. 630 m. Die Sohlenbreite mißt etwa 60 m, wobei die größte Tiefe des Flußbettes, das von beiden Uferseiten zur Mitte hin nach unten in einem sanften Winkel ausläuft, zwischen 3,5 bis 4 m schwankt.

Die Böschungen werden mit Steinwalzen, einer Steinschüttung und an der Wasserwechselinie mit Steckpflaster gegen die Schleppkraft des Hochwassers abgesichert. Zum Schutz des neu gewonnenen Werksgeländes erhält das linke Ufer einen Deich, der mit Rasenmatten begrünt wird. Die Höhe des Deiches soll etwa 3 m betragen.

Ein Problem besonderer Art bildet die Reinhaltung der Ruhr von Hüttenabwässern. Unter erheblichem Kostenaufwand werden drei Wasserkreisläufe dafür sorgen, daß die Heinrichshütte nicht mehr verunreinigtes Wasser in die Ruhr ableitet und damit zum allseits beklagten Fischsterben beiträgt. Fischsachverständige wurden ebenso wie private Hattinger „Petrijünger“ gutachtlich zu-





Auf der Baustelle: Pausenlos rollen die erdbeschwerten Caterpillars (oben) über das zerfurchte Gelände. – Zur Befestigung der Uferböschungen gegen die Schleppkraft des Flusses sollen u. a. Steinwalzen (unser Foto), dienen.

diesem Thema gehört. Es wurde festgestellt, daß der nach der Ruhrverlegung ruhige Wendehafen ein vorzüglicher Laichplatz sein dürfte. Um die für die Fischhaltung in der Ruhr notwendigen biologischen Voraussetzungen für das Gedeihen von Algen und Wasserpflanzen sicherzustellen, wurde sogar auf einen zunächst beabsichtigten Betonplattenbelag der Böschung des neuen Ruhrbettes zugunsten einer teureren Steinschüttung und Pflasterung verzichtet.

Bereits seit 1956 besteht – wie wohl allgemein bekannt ist – ein Wasserkreislauf, der die ölbelasteten Abwässer des Walzwerks durch Schnellfilter reinigt. Ein weiterer Ruhr-unabhängiger Kreislauf wird ab Herbst die wärmebelasteten Abwässer aufnehmen. Schließlich sind bereits die Mittel zur Erstellung eines dritten Wasserkreislaufs genehmigt, mit dessen Hilfe die zyanhaltigen Abwässer gereinigt werden sollen. Die Durchführung allein

dieser hygienischen Verbesserungsmaßnahmen soll einige Millionen DM kosten. Durch entsprechende Behandlung der Abwässer und geeignete Verbindung der drei Wasserkreisläufe mit einem gemeinsamen Reinwassernetz wird die Bereitstellung von sauberem Betriebswasser gewährleistet.

*

Während die Ausschachtungsarbeiten zur Ruhrverlegung (Los A des dreistufigen Bauprojekts) bereits am 31. Juli abgeschlossen werden konnten (rund 300 Mann, davon bewältigten über die Hälfte mit schweren und schwersten Erdbewegungsmaschinen arbeitstäglich bis zu 15 000 cbm Bodenmassen), haben auch die Vorarbeiten zur Verlegung der Gleisanlagen der Bundesbahn bereits Fortschritte gemacht. Besonders schwierig gestaltet sich hierbei das Abtragen einer Felsnase. Nach dem Durchstich vom alten in das neue Flußbett im September oder Anfang Oktober wird auch die Aufschüttung des Eisenbahndammes durch das alte Ruhrbett erfolgen können. Übrigens wird das alte Ruhrbett zunächst als Bodensenke daran erinnern, daß hier ein Flußlauf war, denn die ausgehobenen Erdmassen des neuen Ruhrbettes, die zusammen mit dem Mutterboden über 500 000 cbm betragen werden, reichen wahrscheinlich gerade zum Bau des Ruhrdeiches und des Bahndammes aus. Eine sorgfältige Zuschüttung des alten Flußbettes ist jedoch vorgesehen. Alles in allem tummeln sich die Arbeitsgemeinschaft der Tiefbauunternehmen Wahmann-Hochtief (Los A), die Firma Diehl-Hagen (Los B: Kanäle unter dem Bahndamm, Verlängerung des Sprockhöveler Baches) und die Firmen Grün und Bilfinger, Strabag-Heitkamp (Los C: Bau der Sinteranlage mit Erzverladeanlage und Erzlager) auf dem zur Zeit noch wie eine Art Mondlandschaft wirkenden neuen Hüttengrund. Deutlich erkennt man aber schon die Trasse des künftigen Ruhrverlaufs, aus der schon fleißig das reichlich fließende und deshalb bei den Ausbauarbeiten störende Grundwasser abgepumpt wird. Während man noch in diesem Herbst die Ruhr verlegt und den Bahndamm aufgeschüttet haben will, ist mit der Fertigstellung der Sinter- und Erzanlagen kaum vor Ende 1960 bzw. Anfang 1961 zu rechnen. Bis die vorgesehenen baulichen Veränderungen auf dem neuen Hüttengelände auch gartenarchitektonisch dem Landschaftsbild angepaßt sind (hierzu wird insbesondere der Ruhrsiedlungsverband eingeschaltet werden), wird wohl eine noch längere Zeit vergehen.

Ein wenig wehmütig werden die alten Hattinger in diesen Monaten Abschied genommen haben von dem altvertrauten Ruhrbogen. Die Technik macht nicht Halt vor der Natur. Ein Werk wie die Henrichshütte, Arbeitgeber für viele tausend Menschen, darf, um leben, um konkurrenzfähig bleiben zu können, nicht zögern, auch das Gesicht der Natur zu verändern. Was heute geschieht, ist Bruch mit einem Stück Hattinger Vergangenheit. Schon bald aber werden wir uns an das neue Bild gewöhnt haben. Nur Chroniken werden dann berichten, wie die Ruhr einst bei Hattingen verlief ...



SAARLAND: Wirtschaftliche Rückgliederung

Bereits seit dem 1. Januar 1957 gehört das Saarland politisch wieder zu Deutschland, d. h. vorerst nur zur Bundesrepublik. Die Bevölkerung des Saargebietes hatte damals mit überwältigender Mehrheit für den zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geschlossenen Saarvertrag gestimmt, der den sofortigen politischen Anschluß der Saar an Westdeutschland vorsah, aber eine Übergangsfrist von vier Jahren für die wirtschaftliche Rückgliederung zur Bedingung machte. Die Zwitterstellung der Saar — politisch von Deutschland und wirtschaftlich von Frankreich abhängig — brachte jedoch derartig viele Schwierigkeiten mit sich, daß eine Verkürzung der geplanten Übergangsfrist unumgänglich wurde. Gespräche zwischen Frankreich und der Bundesrepublik über dieses Problem führten schließlich zu dem Ergebnis, die wirtschaftliche Rückgliederung schon auf den Sommer 1959 vorzulegen. Als bald begann das Rätselraten um den Tag X, den sowohl die Saar als auch die interessierten Wirtschaftskreise in Westdeutschland für Anfang Juli erwarteten. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli war es so weit: Die Zollgrenzpfeile zwischen Westdeutschland und dem Saargebiet fielen; sie wurden nun zwischen der Saar und Frankreich wieder aufgerichtet. — In unserem Artikel wollen wir die Leser der Ruhrstahl-Werkzeitschrift insbesondere über die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes, das über eine nicht unbedeutende Montanindustrie verfügt, informieren.

Das Saarland ist Grenzland. Innerhalb von 144 Jahren wurde es dreimal an Deutschland „rückgegliedert“. Ist es ein Wunder, daß der Charakter dieses 2567 qkm großen Landes sowohl von Deutschland als auch von Frankreich geprägt wurde? Die rund 1 Million Saarländer sind in ihrem Stamm deutsch, aber auch der französische Einfluß ist unverkennbar. Der Saarländer spricht im allgemeinen zwei Muttersprachen: deutsch und französisch.

Kohle und Stahl

Kohle und Stahl sind die tragenden Pfeiler der Saarwirtschaft. Die Förderung von 16,4 Mill. t Kohle, die Erzeugung von 4,2 Mill. t Koks, 3,1 Mill. t Roheisen und 3,5 Mill. t Stahl sind die Leistungsbilanz des Jahres 1958. Zahlenmäßig bedeutet also die Rückgliederung der Saarwirtschaft eine Steigerung der Kapazitäten in Westdeutschland bei Kohle um 12,5 %, bei Roheisen um 17 % und bei Rohstahl um 14 %.

Der Kohlenbergbau an der Saar (16 fördernde Schachtanlagen) befindet sich im öffentlichen Besitz und wurde nach Abschluß des deutsch-französischen Vertrages über die Regelung der Saarfrage am 1. Oktober 1957 in der neugegründeten „Saarbergwerke AG“, Saarbrücken, zusammengefaßt: 74 % des Aktienkapitals gehören dem Bund, 26 % der saarländischen Landesregierung. Die Kohlenfelder des Warndt enthalten mit rund 800 Mill. t abbauwürdiger Kohle die reichsten Reserven des hochentwickelten Saarbergbaus.

Drei große und drei kleinere Unternehmen der Eisen schaffenden Industrie beschäftigen rund 33 000 saarländische Hüttenarbeiter. Die technischen Anlagen umfassen 30 Hochöfen, 21 Konverter, 15 SM-Ofen, 4 Lichtbogenöfen und 1 Hochfrequenzofen. Die Röhrling'schen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen sind mit 1,1 Mill. Jahrestonnen Rohstahl das größte Hüttenwerk, gefolgt vom Neunkirchner Eisenwerk mit einer Rohstahlkapazität von 1 Mill. t im Jahr. Die Burbacher Hütte erzeugt jährlich etwa 800 000 t Rohstahl. Die drei kleineren Werke, die Dillinger Hütte, die Halberger Hütte in Brebach und das Stahlwerk St. Ingbert verfügen zusammen über eine Rohstahlkapazität von rund 1,5 Mill. t.

An der Saar überwiegt die Thomas-Stahl-Erzeugung mit 76,5 %, während 22 % auf SM-Stahl und 1,5 % auf Elektro Stahl entfallen. Rund 40 % der Walzproduktion (44 Walzenstraßen) sind Stabstahl, gut 25 % entfallen auf Breitflachstahl und Bleche, während etwa 10 % des Stahls zu Walzdraht verarbeitet werden. Auf die Erzeugung von Formstahl (7 Gießereien und 1 Hammerwerk) entfallen etwa 15 % der Saar-Stahlproduktion.

Etwa 10 000 Arbeitnehmer sind in der ebenfalls zum Grundstoffbereich zählenden Draht-, Röhren- und Gießereiindustrie beschäftigt. Die Röhrenwerke Bous, die jährlich 75 000 t nahtlose Röhre herstellen, sind hier das bedeutendste Unternehmen.

Neben der in zunehmendem Maße im Ausbau befindlichen chemischen Industrie und einer bedeutenden Keramikindustrie hat besonders die metallverarbeitende Industrie einen hohen Stand erreicht. Sie stellt zu etwa 90 % Investitionsgüter her. Stark ausgebildet sind insbesondere der Eisen- und Stahlbau sowie der Maschinenbau. In den zahlreichen, meist kleineren Betrieben dieses Industriezweigs arbeiten etwa 34 000 Menschen.

Schwierige Wettbewerbsbedingungen

Die Erzbasis für die saarländischen Hütten bildet vorwiegend die lothringische Minette, zu einem kleineren Teil der Erzbergbau

Luxemburgs. Die Saar bleibt also weiterhin von der lothringischen, das heißt französischen Erzeinfuhr abhängig. Das ist für die Saar insofern bedeutsam, als die lothringische Hüttenindustrie, die sich nach dem zweiten Weltkrieg durch erhebliche Investitionshilfen der französischen Regierung zu einem starken Konkurrenten der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie entwickelt hat, neben der frachtnahen Erzbasis nach Fertigstellung des Moselkanals (1962/63) auch einen Frachtvorteil im Transport nach allen Märkten haben wird.

Schwerwiegend hat sich bisher der Kapitalmangel für die Saarrhütten ausgewirkt. Weder im Rahmen des Marshall-Planes noch durch Frankreich erhielten die Hütten die zum weiteren Ausbau der Werke notwendigen Gelder in ausreichendem Maße. Auch die Eigenkapitalbildung blieb nur in bescheidenen Grenzen, da die Ertragskraft der Saarrhütten in der Nachkriegszeit im Verhältnis zum Nachholbedarf nur unbefriedigend war. Die Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Eisen schaffenden Industrie wird also sehr wesentlich von der künftigen Investitionsrate abhängen. Seit 1951 wurden an der Saar insgesamt 61,4 Mrd. ffrs. (520 Mill. DM) in der Hüttenindustrie investiert, wovon allein ein Drittel auf das Jahr 1957 entfällt. Die Investitionen dienten zunächst nur der Erhaltung und Verbesserung der Anlagen; erst in den letzten Jahren wurden neue Anlagen erstellt.

Der französische Handelspartner

Die Verflechtung der französischen mit der saarländischen Wirtschaft ist nicht nur kapitalbeteiligungsmäßig außerordentlich eng. Die rund 57 000 Bergleute an der Saar blieben noch im vergangenen Jahr von Feierschichten weitgehend verschont, da die Förderung zum überwiegenden Teil in der vollbeschäftigten Saarwirtschaft (40 %) und in Frankreich (37 %) abgesetzt werden konnte. Die Kohlenausfuhr in die Bundesrepublik betrug im vergangenen Jahr nur etwa 20 % der Saarförderung. Frankreich hat sich im Saarvertrag verpflichtet, auch weiterhin jährlich 5 Mill. t Kohle aus dem Saargebiet zu beziehen, so daß der Saarbergbau nicht unmittelbar in den Krisensog des westdeutschen Kohlenbergbaus gerät. Zudem stellt die weiterhin vollbeschäftigte Eisen- und Stahlindustrie der Saar eine recht zuverlässige Absatzstütze für die Saargruben dar.

Gewisse Sorgen macht sich die saarländische weiterverarbeitende Industrie, die bisher rund 46 % ihrer Erzeugnisse nach Frankreich verkaufte. Auf dem Binnenmarkt wurden 28 % der Erzeugung untergebracht, während Westdeutschland mit 17 % nur ein verhältnismäßig unbedeutender Abnehmer war. Der Rest ging in den Export nach anderen Ländern. Gut zwei Drittel der gegenwärtigen Produktion sind also auf Absatzmöglichkeiten außerhalb des Saarlandes angewiesen.

Nach dem Tag X

Als in den Tagen nach dem 6. Juli der bislang an der Saar als Zahlungsmittel geltende französische Franc durch DM ersetzt wurde, schien es vielen zunächst, als regne es Sterntaler. Das Vertrauen in die harte westdeutsche Währung ist groß. Mit dem neuen Geld geriet jedoch erst einmal das Preisgefüge in Unordnung. Vielfach kam es dabei zu unerfreulichen Preistreibern. Inzwischen hat sich aber sowohl die Begeisterung der Bevölkerung als auch das in Bewegung geratene Preissystem beruhigt. Vieles ist billiger geworden, manches aber auch teurer. Nicht wenige westdeutsche Wirtschaftszweige, besonders der Konsumgüterindustrie, überschwemmten nach dem Tage X die bisher von französischen Waren beherrschte Saar mit ihrem zum Teil sehr preiswerten, aber auch verschiedentlich wenig taktvollen Angebot.

Diese Umorientierung vom französischen auf den deutschen Markt wird der Saarwirtschaft noch viel Kopfzerbrechen bereiten. Der Bund hat im Rahmen der Saarrückgliederung als Überbrückungshilfe 660 Mill. DM gezahlt.

Schwierig wird auch die Lösung der mit dem wirtschaftlichen Anschluß auftretenden sozialpolitischen Probleme sein. Der „soziale Besitzstand“ (günstige Familiensteuern, Sozialbeihilfen u. a.), der unter französischer Verwaltung die Saarbevölkerung an den wohlfahrtsstaatlichen Segnungen Frankreichs teilhaben ließ, wird wohl kaum in seiner bisherigen Form bestehen bleiben können. Das hat bereits zu mancherlei Verstimmung geführt; man wird sicher nicht umhin können, nicht nur der Saarwirtschaft, sondern auch der Bevölkerung durch finanz- und sozialpolitische Maßnahmen den Übergang in das etwas rauhere Klima der auf Wettbewerb basierenden freien Marktwirtschaft in der Bundesrepublik zu erleichtern.

Neuordnung der Krankenversicherung

Schon seit Monaten ist der Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums über eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in der Diskussion. Da rund 85 % der Bevölkerung von diesem Gesetz betroffen werden, ist das Interesse der Öffentlichkeit an diesem Teilstück der von der Bundesregierung angestrebten Sozialreform naturgemäß außerordentlich groß. Bekanntlich findet der Gesetzentwurf nicht den ungeteilten Beifall aller Beteiligten. So ist insbesondere die Kritik der Arbeitnehmerorganisationen sowie der Ärzteorganisationen recht kräftig. Neuerdings scheinen sich sogar die kritischen Stimmen im Lager der Regierungspartei zu mehren. Vornehmlich die geplante Selbstbeteiligung der Versicherten ist heftig umstritten. Um unseren Lesern die Grundkonzeption der Regierung und die wesentlichen Punkte der Oppositionskritik gegenüberzustellen, veröffentlichen wir nachstehend zwei Aufsätze von Sozialpolitikern, die allgemein als Experten anerkannt sind. Den Regierungsentwurf vertritt Ministerialdirektor Dr. K. Jantz, Generalsekretär für die Sozialreform (Bundesarbeitsministerium), die Ansichten der Opposition erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. E. Schellenberg. Wahrscheinlich wird in den kommenden Wochen der Bundestag erneut über den Gesetzentwurf beraten. Wir glauben, unseren Lesern gerade zu diesem Zeitpunkt mit unserer Veröffentlichung eine wertvolle Unterlage für die gewiß auch in privatem Kreis stattfindende Erörterung dieser fast jeden berührenden Probleme an die Hand zu geben.

Jeder muß selbst Verantwortung tragen

Von Ministerialdirektor Dr. Kurt Jantz

Sozialpolitik bemüht sich um die beste Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Sozialreform bedeutet Verwirklichung neuer Ordnungsprinzipien. In einer Epoche der Reformen werden nicht nur einzelne Regelungen auf ihre Änderungsbedürftigkeit geprüft, sondern es wird ein gesamtes System daraufhin untersucht, ob es in den Grundsätzen umgestaltet werden muß.



Solche Umgestaltung bedeutet für das Leben der menschlichen Gesellschaft, daß die Stellung des einzelnen in seinem Verhältnis zu kleineren und größeren Gemeinschaften, innerhalb deren er lebt, einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen wird. So hat die Rentenreform die Lebenssituation des Menschen nach dem endgültigen Abschluß seines Arbeitslebens, in gewissen Fällen auch schon bei vorzeitiger Beeinträchtigung seiner Erwerbsfähigkeit, entscheidend gewandelt. Der Rentner hat eine neue, bessere Stellung innerhalb des sozialen Gefüges in seinem Verhältnis zu den im aktiven Arbeitsprozeß Stehenden empfangen.

Leistung und Gegenleistung

Zugleich ist etwas sehr Wesentliches anderes geschehen. Die Altersversicherung beruht allein auf den Leistungen der Versicherten einschließlich der Beitragsleistungen der Arbeitgeber. Das Bewußtsein für die unlösliche Beziehung zwischen der eigenen Leistung des Versicherten in Arbeit und Beitrag und der Gegenleistung durch Rente und sonstige Nebenleistungen ist durch die Rentenreform wesentlich gefördert worden. Damit wird eine Gefahr vermieden, die sehr leicht in einem System sozialer Sicherheit auftritt, daß nämlich dieser Zusammenhang zwischen eigener Leistung und Gegenleistung dem Bewußtsein des Versicherten entrückt wird. Begegnet man dieser Gefahr nicht, rücken Versicherungsbeiträge zusammen mit Steuern in einer für das Empfinden des einzelnen kaum noch zu unterscheidenden Weise zu einem Gesamtbegriff „Abzüge“ zusammen. Die Abgabe wandert in einen allgemeinen Topf, und beim Eintritt eines Versicherungsrisikos fehlt eine genügend konkrete Vorstellung über ein sinnvolles Verhältnis in bezug auf die Gegenleistung, die auf Grund der eigenen Leistung erwartet werden kann.

Es bleibt höchstens die allgemeine Vorstellung, daß „es sich auszahlen muß“, Beiträge geleistet zu haben. Diese Einstellung aber ist genau das Gegenteil dessen, was von einem verantwortungsbewußten Glied einer Gemeinschaft erwartet werden muß. Denn der Beitrag des einzelnen, um Gemeinschaftshilfe zu ermöglichen, hat seinen Sinn auch dann, wenn es sich für den einzelnen Versicherten „nicht auszahlt“, sondern wenn sein Beitrag nur mit-hilft, dem anderen das zukommen zu lassen, was er bei Eintritt bestimmter Situationen wirtschaftlicher Beeinträchtigung braucht.

Aufgabe einer Reform muß es sein, der gefährlichen Entwicklung, in welcher der einzelne nicht mehr lebendiges Mitglied einer Gemeinschaft, sondern bloßes Objekt ist, entgegenzutreten und Lösungen zuzustreben, die seine verantwortliche Mitwirkung fördern.

Nicht nur Schutz gegen Not

Schon in den Rentenreformgesetzen war ein anderes sozialpolitisches Ziel in Erscheinung getreten als bei der Schaffung der Sozialversicherung. Damals war das Hauptmotiv, einen besseren Schutz gegen Not zu gewähren. Jetzt handelte es sich darum, ein neues gesellschaftspolitisches Ordnungsprinzip einzuführen: jedem den ihm zukommenden Platz im Gesellschaftsgefüge zu geben und auf diesen Zweck auch die Leistungen der sozialen Sicherheit auszurichten. Auch bei der sozialen Krankenversicherung handelt es sich nach modernen Auffassungen nicht allein um einen Schutz gegen Not. Vielmehr verbindet sich diese Aufgabe mit anderen Zwecken.

Es zeigt sich nämlich ein grundsätzlicher Wandel in der Verhaltensweise der Bevölkerung. Der Arzt ist nicht bloß Retter in der Not, sondern er dient auch der ständigen Beobachtung und Erhaltung der Gesundheit und des Wohlbefindens. Der Patient erwartet dabei eine Reihe von Leistungen, die durch die Fortschritte der ärztlichen Wissenschaft in diagnostischer und therapeutischer Hinsicht ermöglicht werden. Er legt Wert darauf, sich in einer guten Verfassung zu befinden, und hierbei hilft ihm der Arzt. Ähnlich ist es bei der Inanspruchnahme von Heilmitteln.

Die Änderung der Anschauungen und Gepflogenheiten in bezug auf die Inanspruchnahme des Arztes und des Apothekers kann von der sozialen Krankenversicherung nicht einfach übersehen werden. Es müssen vielmehr Lösungen gesucht werden, die einerseits zwar einen Mißbrauch verhüten, andererseits aber ein berechtigtes Verhalten dieser Art ermöglichen. Zugleich mit steigendem Lebensstandard bekommt der einzelne auch Mittel frei, um selbst für eine bessere Gesundheit zu sorgen.

Diese Änderungen der Verhältnisse, die sich nicht mehr mit zwangsläufigen Notsituationen verbinden, tragen einen stark individuellen Charakter.

Leider läßt sich nicht übersehen, daß das bisherige System unserer Krankenversicherung die geschilderten Gefahren, daß der Sinn für die Entsprechung von Leistung und Gegenleistung beeinträchtigt wird, nicht genügend beseitigen konnte.

Es ist sogar die Frage, ob nicht die ständig erforderliche Erhöhung der Beiträge mit zunehmenden Ansprüchen auf vermehrte Leistungen einhergeht.

Um hier das Verantwortungsgefühl zu wecken, ist eine Reihe von Überlegungen angestellt worden, ob die Leistung des Versicherten aufgeteilt werden soll in eine Beitragsleistung und in eine Leistung anderer Art. Hierfür sind von verschiedenen Seiten Vorschläge gemacht worden, die inzwischen in breiter Öffentlichkeit erörtert worden sind. Die Erörterung hierüber wird auch vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nicht für abgeschlossen erachtet, ist vielmehr gerade zu diesem Punkt noch offen.

Das Ziel ist, neben die allgemeine Abgabe des Beitrages eine mit spezieller Leistung im Versicherungsfall verbundene Leistung des Versicherten zu setzen. Diese darf nicht so hoch sein, daß sie den Weg zum Arzt erschwert, sie muß den sozialen Verhältnissen, die nach Einkommen und Familienstand unterschiedlich sind, Rechnung tragen.

In diesem Zusammenhang müssen einige Irrtümer beseitigt werden. Nach dem Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung ist die Selbstbeteiligung nicht vor der ärztlichen Leistung zu entrichten, sondern erst nach Abschluß der Behandlung. Die Behauptung, wer nicht vorher einen bestimmten Geldbetrag auf den Tisch lege, würde nicht behandelt, ist effektiv, aber völlig falsch.

Drei Gruppen

Auch über die finanzielle Belastung des Versicherten durch die Selbstbeteiligung bestehen falsche Vorstellungen. Der Entwurf sieht für die Selbstbeteiligung an den Kosten der ärztlichen Behandlung drei Gruppen vor:

Die erste Gruppe bilden Versicherte mit einem Arbeitsentgelt, einer Rente oder einem Einkommen von über 660 DM im Monat, ferner Versicherte, deren Bezüge zwischen 400 und 660 DM liegen und denen für nicht mehr als zwei Familienangehörige Steuervergünstigung zusteht.

In die zweite Gruppe, für die die Selbstbeteiligung die Hälfte betragen soll, gehören alle übrigen Versicherten, d. h. alle Ver-

sicherten mit einem Einkommen von 400 DM und weniger, ferner diejenigen Versicherten mit Bezügen zwischen 400 und 660 DM, denen für mehr als zwei Familienangehörige Steuervergünstigung zusteht.

Für die dritte Gruppe, zu der die Bezieher von Kleinstinkommen bis zu 150 DM gehören, kann die Kasse auf Antrag Befreiung von der Selbstbeteiligung gewähren.

Sechs Wochen Selbstbeteiligung

Die Selbstbeteiligung an den Kosten des Arztes ist auf sechs Wochen begrenzt. Ferner sind Zuzahlungen zu den Kosten für Arzneien und für Krankenhausaufenthalt vorgesehen.

Eine Gemeinschaft, in die der einzelne in dieser Weise als verantwortungsbewußtes Mitglied eingeordnet ist, hat andererseits die Verpflichtung, ihm und seinen mitversicherten Familienangehörigen einen zuverlässigen Schutz, insbesondere auch bei langen Krankheiten und im Rahmen des finanziell Möglichen vorbeugende Hilfen, zu gewähren. Deshalb ist es ein Hauptanliegen der Neuregelung, die Leistungen zweckentsprechender und sinnvoller zu gestalten.

Hierzu gehören wesentliche Leistungsverbesserungen und Korrekturen des Lohnfortzahlungsgesetzes. Schwerpunkte der neuen Regelung sind der Ausbau vorbeugender Maßnahmen, die grundsätzliche Beseitigung der Aussteuerung und damit verbunden ein lückenloser Übergang von der Kranken- zur Rentenversicherung

und die völlige Gleichstellung der Familienangehörigen mit den Versicherten hinsichtlich aller Sachleistungen.

Mit dem Ausbau vorbeugender Maßnahmen in dem Gesetz wird zugleich eine während der Rentenreformgesetzgebung geäußerte Befürchtung widerlegt, daß etwa die Träger der Krankenversicherung bei der gesundheitlichen Betreuung der versicherten Bevölkerung zurückgedrängt würden durch die Träger der Rentenversicherung. Jedoch muß, um die Finanzlage der Krankenkassen nicht zu überfordern, besonders behutsam vorgegangen werden.

Durch die Beseitigung der Aussteuerung werden viele bisher mit Recht beklagte Härten für die Zukunft beseitigt, und der Versicherte mit seiner Familie, der gerade durch langdauernde Krankheit in eine schwer zu beseitigende katastrophale Lage geriet, wird nunmehr von seiner Versicherung voll geschützt. Diesem Schutz dient auch die Fortzahlung des Krankengeldes über die 6. Woche hinaus in der bis dahin gewährten Höhe. Der Abbruch, der bisher nach der sechsten Woche in der Situation des Versicherten eintrat, wird damit beseitigt. Wenn man sich diesen großzügigen Ausbau der Leistungen betrachtet, dann verliert das Wort von der sozialen Demontage seine sachliche Berechtigung. Vielmehr werden seit Jahrzehnten gehegte Wünsche nunmehr endlich erfüllt. Die deutsche Krankenversicherung hat damit eine Höhe erreicht, die bei sehr vielen Leistungsarten das wohl nicht mehr überschreitbare Optimum darstellt; auf dem Gebiete der Vorbeugung eröffnet sie in besonnener Weise ein neues wichtiges Arbeitsfeld.

Die Hauptziele der Reform

Das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen zu stärken und ihm und seinen Familienangehörigen einen umfassenden Schutz durch die Versicherungsgemeinschaft zu gewähren, den Arzt nach Einzelleistungen zu vergüten und damit seine Tätigkeit leistungsgerecht zu bewerten, die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern aus der Preisbindung zu lösen und der freien vertraglichen Vereinbarung zu belassen, das Zulassungsrecht wesentlich zu lockern und dadurch sowohl der Entwicklung des ärztlichen Berufsstandes zu dienen als auch die freie Arztwahl durch die Versicherten zu fördern, den Selbstverwaltungsorganen, insbesondere auf dem Gebiete vorbeugender Maßnahmen, ein neues und bedeutungsvolles Betätigungsfeld zu eröffnen, dies sind die Hauptziele der Krankenversicherungsreform, von denen einige sozialpolitisch besonders bedeutungsvolle in diesen Ausführungen kurz erörtert worden sind.

Reformvorschläge von Regierung und Opposition

Unsere Gegenüberstellung ist ein Auszug der wichtigsten Punkte aus den auf diesen Seiten veröffentlichten beiden Referaten. Wenn dabei die Vorstellungen der Opposition über den Regierungsentwurf hinausgehen, so erhebt sich gleichzeitig die Frage, woher die Gelder kommen sollen, die die Durchführung eines solchen Planes erfordern würde.

Regierung	Opposition
Vorsorgeuntersuchungen auf Herz- und Kreislauferkrankungen vom 45. Lebensjahr an alle drei Jahre. Keine Aussteuerung, jedoch Krankenhauspflege begrenzt auf 78 Wochen in drei Jahren. Krankengeld – 60 bis 75 Prozent des letzten Arbeitseinkommens – für ein und dieselbe Krankheit während 78 Wochen in drei Jahren. Selbstbeteiligung des Patienten beim Arzt mit 1,50 DM (0,75 DM) je Leistung für sechs Wochen. Selbstbeteiligung bei der Arznei mit 1,- DM bis zum Rezeptwert von 5,-; dann anteilig 10 Prozent. Selbstbeteiligung im Krankenhaus mit 0,5 Prozent des Monateinkommens je Pflage-tag (mind. 1,- DM, max. 3,30 DM je Tag). Krankmeldung beim ärztlichen Vertrauensdienst innerhalb von 48 Stunden.	Vorsorgeuntersuchungen jährlich auf Herz-, Kreislauf-, Krebs-, Rheuma- und andere Erkrankungen. Keine Aussteuerung, auch unbegrenzte Krankenhauspflege. Krankengeld für die ganze Dauer der Arbeitsunfähigkeit. Keine Selbstbeteiligung beim Arzt, im Krankenhaus und an der Arznei, jedoch Ausschluß von reinen Linderungsmitteln von der Erstattung. Finanzierung der Mehrleistungen durch Befreiung der Krankenversicherung von allen fremden Lasten (für Unfall, Mutterschaft usw.). Gleiche Startbedingungen für alle Kassen durch Finanzierung des Krankengeldes für die ersten sechs Wochen durch den Arbeitgeber. Einschaltung des behandelnden Arztes in den vertrauensärztlichen Dienst. Durchführung ist Sache der Selbstverwaltung.

Rechtzeitig vorbeugen, nicht nur heilen

Von Professor Ernst Schellenberg

Seitdem in Deutschland von Sozialreform gesprochen wird, war man sich bei vielfältigen Meinungsverschiedenheiten doch wenigstens darin einig, daß durch die Reform eine wirksamere Leistungsgestaltung, eine Vereinfachung des Sozialrechts und die Beseitigung von unproduktivem Verwaltungsaufwand erreicht werden sollte. Gerade in dieser Hinsicht enttäuscht der vom Bundesministerium für Arbeit vorgelegte Entwurf für ein Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz.



Damit soll nicht bestritten werden, daß dieser Entwurf auch Leistungsverbesserungen enthält. So ist es zu begrüßen, daß darin die Gesundheitsvorsorge angesprochen wird. Jedoch ist es völlig unzureichend, innerhalb von drei Jahren nur einmal die Möglichkeit zu einer Vorsorgeuntersuchung zu geben und sie zudem noch auf die Früherkennung von Herz- und Kreislauferkrankungen der über 45 Jahre alten Versicherten zu beschränken.

Erster Fortschritt

Krankengeld und Krankenhauspflege sollen nach dem Referentenentwurf erforderlichenfalls bis zu 78 Wochen gewährt werden (bisher 26 Wochen). Das ist ein Fortschritt, aber noch keine Beseitigung der Aussteuerung, denn gerade schwerere Erkrankungen, wie etwa die spinale Kinderlähmung, erfordern oft für eine sehr viel längere Zeit Krankenhauspflege.

Die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen jedoch über die Pläne des Bundesarbeitsministeriums, eine Selbstbeteiligung des Versicherten einzuführen, und zwar für jede einzelne ärztliche Leistung, gestaffelt nach den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Familienstand. Da die Zahl der ärztlichen Leistungen im allgemeinen von der Art der Krankheit abhängt, wird die Zuzahlung um so höher sein, je schwerer die Krankheit ist, die ambulant behandelt wird. So würde beispielsweise bei einem Krankenbesuch die Zuzahlungsgebühr mehrfach fällig sein, weil 1. für den Weg des Arztes, 2. für die Untersuchung des Kranken und 3. für die Verabfolgung einer Spritze jeweils die Gebühr zu entrichten wäre. Dabei ist es ein schwacher Trost, daß nach Ablauf von sechs

Wochen die Zuzahlung entfallen soll, denn gerade bei akuten Erkrankungen sind in den ersten Tagen und Wochen intensive ärztliche Bemühungen erforderlich.

Im übrigen wirken Zuzahlungen der rechtzeitigen Inanspruchnahme des Arztes entgegen und beeinträchtigen damit die vorbeugende Gesundheitspflege.

Es ist auch keineswegs sicher, daß bei einer Verwirklichung der Pläne des Bundesarbeitsministeriums dem Arzt mehr Zeit für wirklich Kranke zur Verfügung stehen würde. So könnten sich beispielsweise die Sprechzimmer mit Patienten füllen, die für sogenannte Dauerleiden nach Ablauf der sechsten Woche Anspruch auf eine zuzahlungsfreie Behandlung haben. Außerdem wird sich die Beanspruchung der Ärzte mit Schreibarbeiten erheblich vermehren. Schließlich sollen die Ärzte die Zuzahlungsbeträge von den Versicherten einziehen, was sie mit einer Inkassotätigkeit von unübersehbarem Ausmaß belasten wird.

Zu den Zuzahlungen für ärztliche Behandlungen soll eine Kostenbeteiligung für Arzneien kommen, und zwar je Rezept mindestens 1 DM und höchstens 3 DM. Es muß, auch auf Grund der Erfahrungen im Ausland, bezweifelt werden, ob hierdurch — abgesehen von einer ersten Schockwirkung — eine Senkung des Aufwandes für Arzneien eintreten wird. Denn da bei einem Rezeptwert bis zu fünf Mark immer die Mindestzuzahlung fällig ist, wird sich die Tendenz ergeben, den Wert je Verordnungsblatt, der bisher durchschnittlich 3 Mark betrug, auf 5 DM heraufzuschrauben: Damit „sich die Zuzahlung auch lohnt“.



Im übrigen werden die Ausgaben für Arzneien überschätzt. Es entfallen hierauf kaum mehr als 10 Prozent der Gesamtausgaben der Krankenversicherung, so daß selbst, wenn durch Zuzahlung eine Senkung der Arzneiausgaben um 25 Prozent erreicht werden könnte (was nach allen Erfahrungen höchst fraglich ist), sich hierdurch nur eine Einsparung von etwa 2,5 Prozent der Gesamtausgaben ergeben würde.

Bei Krankenhausbehandlung sollen nach dem Referentenentwurf Versicherte, die Lohn, Gehalt oder Rente weiterbeziehen, für sich und ihre Angehörigen Zuzahlungen zwischen 1 DM und 3,30 DM je Tag leisten, weil „der Versicherte während des Krankenhausaufenthaltes häusliche Einsparungen macht“. Dabei wurde nicht bedacht, daß nach der Entlassung aus dem Krankenhaus für Genesende höhere Aufwendungen erforderlich sind, und völlig übersehen wurde, daß bei einem Krankenhausaufenthalt einer Ehefrau und Mutter keine „Einsparungen“, sondern zusätzliche finanzielle Belastungen entstehen.

Über die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Selbstbeteiligung sind noch keine genauen Angaben möglich. Das Bundesarbeitsministerium rechnet als Folge der Selbstbeteiligung mit einer zusätzlichen Belastung für die Versicherten von 490 Mill. DM im Jahr. Ich selbst schätze, daß sich die Belastungen auf 700 Mill. DM jährlich stellen werden. Da der Mehraufwand für die beabsichtigten Leistungsverbesserungen höchstens 300 Mill. DM jährlich betragen dürfte, ergibt sich keineswegs nur eine Umschichtung in den Ausgaben, sondern eine erhebliche Beeinträchtigung im Leistungsbereich der Krankenversicherung. Der Bundesarbeitsminister hat davon gesprochen, daß vielleicht der Beitragssatz um $\frac{1}{2}$ Prozent gesenkt werden könnte. Grundsätzlich wäre eine Reduzierung der Beiträge natürlich zu begrüßen. Es gilt sich aber darüber im klaren zu sein, daß sie im vorliegenden Falle zu Lasten der Kranken ginge.

Nicht weniger bedenklich sind die Auswirkungen der Selbstbeteiligung auf die Verwaltungskosten. Die Entwicklung dieser Kosten gibt schon seit Jahren Anlaß zu großen Sorgen. 1949 haben die Verwaltungskosten der sozialen Krankenversicherung 135 Mill. DM betragen; 1958 werden sie etwa 400 Mill. DM ausmachen und sich damit auf das Dreifache erhöht haben. Die Zahl der Versicherten ist demgegenüber nur um etwa ein Drittel gestiegen. Das vorgeschlagene Selbstbeteiligungssystem macht vielfältige Bescheinigungen, Buchungen, Kontrollen und zusätzliche Verwaltungsarbeit erforderlich.

Somit muß sich für die 127 Millionen Behandlungsfälle, mit denen das Bundesarbeitsministerium im Jahr rechnet, der Verwaltungsaufwand weiter erheblich steigern. Die Selbstbeteiligung bringt ferner erhebliche arbeitsmäßige Belastungen für die Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser, Apotheker, Optiker und dergleichen, ja so-

gar für die Arbeitgeber, die in Zukunft für jeden Erkrankten Bescheinigungen über die Höhe des letzten Einkommens und die Zahl der Angehörigen auszustellen hätten.

Die Verwaltung wird aufgebläht

Damit nicht genug, sieht der Referentenentwurf vor, daß die Kontrolluntersuchungen durch den ärztlichen Beratungsdienst wesentlich verschärft werden sollen. Schätzungsweise wären dem ärztlichen Beratungsdienst im Jahre elf Millionen Fälle von Arbeitsunfähigkeit, 3,5 Millionen Aufnahmen in Krankenhäuser und über drei Millionen Anträge auf Zahnersatz zu melden. Das dürfte nicht nur eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Beratungsärzte und Zahnärzte erforderlich machen, es muß zu einer abermaligen Erweiterung des Verwaltungsapparates führen.

Die Krankenversicherung sollte — so hieß es — auch zu dem Zwecke reformiert werden, um das Verantwortungsbewußtsein der Versicherten zu stärken. Niemand bestreitet, daß es — wie überall im Leben — auch in der sozialen Krankenversicherung Leute gibt, die sich auf Kosten ihrer Mitmenschen Vorteile zu verschaffen suchen. Es schießt aber weit über das Ziel hinaus, jede Arbeitsunfähigkeit innerhalb von 48 Stunden, nahezu jede Krankenhausaufnahme, jeden Antrag auf Zahnersatz kontrollärztlich überprüfen zu lassen. Wir alle sollten doch erfahren haben, daß das umfassendste Kontrollsystem keineswegs das effektivste ist.

Unterschiedliche Belastung

Das Bundesarbeitsministerium geht bei seinen Plänen von der Auffassung aus, daß die Finanzlage aller Krankenkassen äußerst schwierig, wenn nicht katastrophal sei und daß die Beiträge die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren erreicht hätten. In Wirklichkeit ist die Lage differenzierter. Das sei an den Rechnungsergebnissen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg und der Barmer Ersatzkasse für 1957 verdeutlicht.

1. Die AOK Hamburg war (wenn von der Forderung auf Abgeltung des Fehlbetrages gegen das Land Hamburg abgesehen wird) mit 4,5 Millionen DM oder 8,60 DM je Mitglied verschuldet, die BEK, die ebenfalls hart von der Grippewelle betroffen wurde, verfügte noch über ein Vermögen von 51,4 Millionen DM oder 38,80 DM je Versicherten.
2. Die Finanzlage der BEK war und ist relativ günstig, obwohl der Beitragssatz von 6,3 Prozent des Arbeitsentgelts, den sie für etwa 90 Prozent ihrer Pflichtversicherten erhebt, kaum die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren übersteigen dürfte. Die AOK Hamburg dagegen erhebt für 90 Prozent ihrer Pflichtversicherten einen um 65 Prozent höheren Beitrag, nämlich 10,3 Prozent des Arbeitsentgelts.
3. Bei wesentlich niedrigeren Beitragssätzen war die BEK in der Lage, günstigere Leistungen zu gewähren als die AOK. Für ärztliche Behandlung wandte die BEK über 40 Prozent je Versicherten mehr auf als die AOK, für Leistungen der Krankheitsverhütung sogar etwa das Dreifache.
4. Die günstige Finanzlage der BEK und der hohe Leistungsstand sind keineswegs in niedrigen Verwaltungskosten begründet. Je Versicherten beliefen sich die Verwaltungskosten bei der AOK auf 18 DM, bei der BEK dagegen auf 28,40 DM. Sie waren somit bei der BEK um fast 90 Prozent höher.

Ich führe das hier nicht an als einen Beweis für eine bessere oder schlechtere Verwaltung. Aber das Beispiel ist trefflich geeignet, die Finanzprobleme aufzuzeigen, um die es wirklich geht und die eine richtige Reform lösen sollte.

Die Ursache der aufgezeigten erstaunlichen Unterschiede liegt nämlich darin, daß die AOK Hamburg für 84 Prozent ihrer Pflichtversicherten, die BEK dagegen nur für 3 Prozent bei Arbeitsunfähigkeit sofort Krankengeld zu zahlen hat. Die Ausgaben für Krankengeld haben bei den Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, bei denen 85 Prozent aller Pflichtversicherten versichert sind, ein derart drückendes Gewicht, daß diese Kassen in der sinnvollen Gestaltung aller anderen Leistungen erheblich eingeengt sind.

Aus dieser Situation müssen bei der Reform der Krankenversicherung die finanzwirtschaftlichen Konsequenzen gezogen werden: es sollte die Finanzierung der Krankengeldleistungen für die ersten sechs Wochen von allen anderen Leistungen getrennt werden. Für das Sonderisiko „Krankengeld“ müßte dann ein gesonderter Beitrag erhoben werden, zweckmäßigerweise allein vom Arbeitgeber, da die Finanzierung von Leistungen, die lohnähnlichen Charakter tragen, nicht durch eigene Beiträge der Arbeitnehmer erfolgen sollte. Durch diese gesonderte Finanzierung des Sonderrisikos der sofortigen Krankengeldzahlung würde endlich für alle Krankenkassen eine gleiche Startbedingung geschaffen und ein echter Wettbewerb erreicht werden.

Vom Bereich des Menschlichen abgesehen, um den es vor allem bei der Gesundheit geht, handelt es sich bei den Aufwendungen, die für eine Reform der Krankenversicherung zur besseren gesundheitlichen Sicherung zu erbringen sind, volkswirtschaftlich gesehen um eine wichtige Investition für das Sozialprodukt von morgen. Deshalb darf in Zukunft nicht weniger, sondern es muß mehr für die Gesundheit unseres Volkes getan werden.



In den letzten Tagen des Juni begann der große Umzug der bislang in Witten im Verwaltungsgebäude des Wittener Gusstahlwerks untergebrachten Abteilungen der Ruhrstahl-Hauptverwaltung. Tagelang kämpfte man gegen nicht endenwollende Aktenberge. Alles mußte verpackt werden, und mit Unbehagen mochte man bereits an das Auspacken im neuen Verwaltungsgebäude in Witten-Annen denken: Wer konnte sich noch in dem Wust von Papier und Aktendeckeln auskennen, der, in Kisten gestapelt, zwischen Schränken stehend der Sortierung harrete. Da die tägliche Arbeit irgendwie weiterlaufen mußte, improvisierte man manchmal das Büro im Flur, versuchte möglichst rasch den Akten und Möbeln wieder Ordnung zu verleihen. Hier ein kleiner Querschnitt aus den Umzugstagen.

DIE VERWALTUNG IST UMGEZOGEN





RHEINSTAHL HATTE HAUPTVERSAMMLUNG

Die Essener „Lichtburg“ war bis auf den letzten Platz besetzt, als am 17. Juli der Vorsitz des Aufsichtsrats unserer Muttergesellschaft, der Rheinischen Stahlwerke, Essen, Dr. Halle, um 10.15 Uhr die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1958 eröffnete. Das Aktienkapital der Gesellschaft in Höhe von 370 Mill. DM war zu 75,9 % vertreten. Die Hauptversammlung, die fast vier Stunden dauerte, nahm zeitweise einen recht lebhaften Verlauf, als der auf westdeutschen Hauptversammlungen als Daueropponent bekannte Kleinaktionär Nold, Darmstadt, sowie einige weitere debattierfreudige Kleinaktionäre sich zu Wort meldeten und z. T. Opposition betrieben. Sie fand ihren Niederschlag in der Abstimmung über den Dividendenvorschlag in Höhe von 11 % des Aktienkapitals (1957: 11 %), bei dem sich 2,8 Mill. DM (knapp 1 % des vertretenen Aktienkapitals) der Stimme enthielten und die sich bei der Abstimmung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat in Nein-Stimmen verwandelten. Allgemein bedauert wurde der zum Teil außerordentlich unsachliche Ton, der verschiedentlich durch einige Kleinaktionäre in die Diskussion hineingetragen wurde.

Der Vorsitz des Vorstandes und Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke, Dipl.-Kfm. Werner Söhngen, nahm in einem längeren Referat Stellung zu einer Reihe von Problemen, die zu klären im Interesse der Aktionäre liegen mußte. Zunächst begründete Söhngen noch einmal den gegenüber 1957 unveränderten Dividendenvorschlag von 11 % mit der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung innerhalb des Rheinstahl-Konzerns im Geschäftsjahr 1958. Einem Umsatzrückgang der Bergbau-Tochter, der Ruhrstahl-Gruppe und der Gießerei-Gruppe von insgesamt über 14 % habe nur eine Umsatzerhöhung der Verarbeitung und der übrigen Zweige von insgesamt über 7 % gegenübergestanden. Er sagte hierzu wörtlich: „Die Rheinischen Stahlwerke sind ein Gebilde der Montanindustrie. Zwar ist die Struktur unseres Unternehmens durch eine breite Basis der Weiterverarbeitung gekennzeichnet; unsere Betriebe des Bergbaus sowie die Hüttenwerke sind von dem Konjunkturrückgang im Jahre 1958 aber nicht verschont geblieben. Der Dividendensatz von 11 % stellt zur Zeit eindeutig die Spitzendividende der westdeutschen Montanindustrie dar ... Die Krisenfestigkeit unseres Unternehmens, auf die wir im vergangenen Jahr aufmerksam machten, findet hierdurch ihren sinnfälligen Ausdruck ...“ Nachdem Söhngen auf einige an die Rheinstahl-Verwaltung aus Aktionärskreisen herangetragene Fragen im Zusammenhang mit der Ermäßigung des Körperschaftssteuertarifs und der Bewertung von Vorräten eingegangen war, gab er eine Übersicht über das Rheinstahl-Geschäftsjahr 1958. Hierzu führte er u. a. aus:

„Der Gesamtumsatz mit rund 2,66 Mrd. DM war gegenüber dem des Vorjahres um 4,9 % rückläufig; namentlich in der Grundstoffproduktion konnten die vorjährigen Erzeugungsziffern nicht erreicht werden. Die Rückläufigkeit im Gesamtumsatz wäre spürbarer gewesen, wenn nicht unsere Verarbeitungswerke mit einer entgegengesetzten Entwicklung hätten aufwarten können ... Die Investitionen erreichten im Berichtszeitraum mit rund 239,3 Mill. DM das bisher höchste Jahresvolumen. Sie lagen um 65,5 Mill. DM über der Vorjahressumme. Die Erhöhung ergab sich in erster Linie aus der Fortführung der Sonderprogramme innerhalb unserer Bergbaugruppe und der Fertigstellung der beiden Seeschiffe ...“

Nach wie vor verfolgen wir das Ziel, alle unsere Werke auf dem höchsten technischen Stand zu halten. Hierzu fühlen wir uns schon im Hinblick auf die

unterschiedliche Sozialstruktur der Standorte unserer Werke verpflichtet. Selbstverständlich werden wir dabei den Erfordernissen einer organischen Weiterentwicklung unseres Verbundes in bezug auf eine regionale Arbeitsteilung Rechnung tragen.

Zur Finanzierung reichten die Abschreibungen naturgemäß nicht aus. Rund 46 % der Investitionen wurden durch die Inanspruchnahme neu zugeflossener Mittel bestritten ...

Auch im laufenden und kommenden Jahr wird das Investitionsvolumen über den Abschreibungen liegen. Wir werden daher um den Zufluß weiterer Fremdmittel bemüht sein. Bereits in den letzten Monaten haben wir, unter Ausnutzung der günstigen Kapitalmarktverhältnisse, neue langfristige Darlehen aufgenommen ...“

Anschließend widmete sich Söhngen einem Komplex, der in der Öffentlichkeit steigende Beachtung findet, nämlich der Frage der Konzentrationsvorgänge in der westdeutschen Wirtschaft, wozu er u. a. folgendes sagte:

„Die Rheinischen Stahlwerke sind, wie Ihnen allen bekannt ist, eine Konzern-dachgesellschaft, der als rechtlich selbständige Töchter die Produktionsgesellschaften angeschlossen sind. Sie gehören uns zum größten Teil zu 100 %. Diese Unternehmensform wurde bewußt gewählt; einmal, weil sie sich zwingend aus der bisherigen Entwicklung, insbesondere aus den alliierten Entflechtungsmaßnahmen, ergab, zum anderen, weil es nicht angebracht erschien, die vielfältigen Aufgaben eines Unternehmens, das über 80 000 Menschen beschäftigt, in einer Zentrale zusammenzufassen.“

Bei unseren Überlegungen stand uns auch das Beispiel der ehemaligen Vereinigten Stahlwerke vor Augen, die im Jahre 1933 ihre zentrale Verwaltungsform zugunsten einer dezentralen Organisation aufgaben. Aus wohlüberlegten Gründen wurden damals die Betriebsabteilungen, wie sie seit Gründung der Gesellschaft im Jahre 1926 bestanden, zu rechtlich selbständigen Unternehmen umgebildet. Man erkannte, daß die Größe des Gesamtunternehmens eine Zentralleitung und zentrale Entscheidung aller Fragen nicht zuließ.

Wir haben bei Rheinstahl somit bewußt die Verantwortung delegiert. Unsere Tochtergesellschaften sind mit eigenen, durch die Gesetze bestimmten Organen ausgestattet; sie haben ihre Vorstände bzw. Geschäftsführungen und ihre Aufsichtsräte. Im Rahmen dieser Organisation bleibt den einzelnen Werken der notwendige selbständige Verantwortungsbereich für Absatz, Beschaffung und Produktion im Rahmen des laufenden Geschäfts erhalten.

Unter diesem Aspekt stellt die rechtliche Selbständigkeit der einzelnen Werke innerhalb eines konzernmäßigen Verbundgebildes die geeignete Plattform dar für die Entfaltungsmöglichkeiten verantwortungsbewußter und verantwortungsfreudiger Führungskräfte.



Der Obergesellschaft obliegen die Koordinierungs- und Führungsaufgaben, die sich aus der übergeordneten Unternehmenspolitik ergeben. Innerhalb dieser Organisationsform haben sich bei uns — das möchte ich klar herausstellen — auch die Gesetze der Mitbestimmung im Montanbereich reibungslos eingespielt. Der Gesetzgeber hat mit der Verabschiedung des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes vom August 1956, das die Mitwirkung der Sozialpartner auch innerhalb der Obergesellschaft sichert, die funktionelle Stellung der Holding innerhalb eines Unternehmensverbundes anerkannt.

Während sich somit die Konzernnachgesellschaft als ein durchaus geeignetes Instrument moderner Organisationsform herauskristallisiert hat, zeichnen sich zur Zeit im Rahmen der Rechtsprechung und der Gesetzgebung Entwicklungstendenzen ab, die, auf Sicht gesehen, die Existenz dieser Organisationsform in Frage stellen könnten. Es handelt sich um die weitere steuerliche Anerkennung der Organshaft und um das Problem des Konzernrechts innerhalb der anstehenden Aktienrechtsreform.

Wenn auch die gegenwärtigen Bemühungen der Finanzverwaltung um eine vernünftige Regelung der Organshaft, innerhalb deren auch die Organträgergesellschaft der Holding unangetastet bleibt, anerkannt werden müssen, so bleibt nach all dem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, doch ein erheblicher Rest von Unsicherheitsgefühl über das zukünftige Schicksal der steuerlichen Organshaft bestehen. Die Wirtschaft bedarf aber in bezug auf die Gestaltung ihrer Organisationsform stabiler, langfristig gesicherter Rechtsnormen ...

In diesem Zusammenhang betonte Söhngen, daß in einer freien Wirtschaft die Entscheidung über die zweckmäßigste Organisationsform denen überlassen bleiben müsse, die das unternehmerische Wagnis zu tragen hätten. Es gehe nicht an, daß in Auswirkung gesetzlicher Vorschriften die Organisation eines Unternehmens in eine gewisse Richtung gezwungen und damit dieser notwendigen Entscheidungsfreiheit der Boden entzogen würde.

Einen beachtlichen Teil seiner Rede widmete Söhngen dem westdeutschen Kohlenproblem. Er sagte dazu u. a.:

„Die derzeitige Strukturkrise erfordert in Bälde eine klare Entscheidung über die künftige Energiewirtschaftspolitik und damit über das Schicksal des Bergbaus. Diese Entscheidung ist politischer Natur. Die Bundesregierung wird darzutun haben, wie sie sich die Deckung des Energiebedarfs denkt. Bejaht sie die Frage des uneingeschränkten Energie Wettbewerbs, dann bedeutet das nichts anderes als eine Teilaufgabe heimischer Energiereserven zugunsten einer Energieeinfuhr.

Eine derartige Aufgabe heimischer Energiereserven kann nur vermieden werden durch einen Schutz. Dieser kann zwar dazu führen, daß sich die heimischen Energiekosten vorübergehend — ob auf die Dauer, sei dahingestellt — auf einem höheren Niveau bewegen; er garantiert aber gleichzeitig auch die Sicherstellung der Energieversorgung. Zwischen beiden Möglichkeiten ist zu entscheiden ...

Söhngen ist nicht der Ansicht, daß die gegenwärtige Strukturkrise allein durch Selbsthilfemaßnahmen des Bergbaus (z. B. Schließung unrentabler Zechen, Rationalisierung u. a.) gelöst werden könne.

Abschließend ging Söhngen noch auf den bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1959, das am 31. Dezember zu Ende geht, ein. (In der Nr. 2/59 der Ruhrstahl-Werkzeitschrift haben wir bereits die wesentlichsten Zahlen des Rheinstahl-Geschäftsjahres 1958 veröffentlicht. Sie trugen nur vorläufigen Charakter; die endgültigen Ergebnisse haben sich aber nur relativ geringfügig verändert.) Söhngen führte aus, daß das Gesamtbild der bis-

herigen Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr nicht frei sei von den Spuren, die die Konjunkturrückläufigkeit des vergangenen Jahres und des letzten Winters hinterlassen habe. Das bisher erreichte Umsatzvolumen des laufenden Jahres liege im Monatsdurchschnitt unter den vergleichbaren Vorjahresziffern; auch die Auftragsbestände erreichten nicht die des Vorjahres, was indes keinen Anlaß zur Besorgnis gäbe. Die Rückläufigkeit des Rheinstahl-Umsatzes bestimme sich in erster Linie durch die Entwicklung in den Eisen schaffenden und Gießereibetrieben; die Verarbeitung habe das gute Vorjahresniveau halten können. Eine sichere Prognose für das Gesamtergebnis zu geben wäre indessen gewagt, da erst die Entwicklung der noch kommenden Monate abgewartet werden müsse.

Im Zuge der Wiederbelebung in einigen Sparten der Eisen schaffenden Industrie werde — falls sie anhält — auch Rheinstahl in den nächsten Monaten mit erhöhten Produktionsziffern in der Stahlerzeugung und der Blechproduktion rechnen können. Das gleiche gelte für Schmiedeerzeugnisse und Zulieferungen an die Fahrzeugindustrie.

Die Erwartungen der Gießereibetriebe für die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres (Bilanzstichtag 30. 9.) seien nach wie vor uneinheitlich. Das gleiche gelte von der Absatzlage bei Roheisen.

Die Verarbeitungsgruppe von Rheinstahl werde in den nächsten Monaten auf Grund der vorhandenen Auftragsbestände ihr bisheriges Umsatzvolumen halten können. Bei der Vielgestaltigkeit der Erzeugungsprogramme dieser Rheinstahl-Gruppe fänden sich immer wieder gewisse Ausgleichsmöglichkeiten.



Lebhaftes Hauptversammlung: Das Bild oben links zeigt einen Ausschnitt aus der Aktionärsversammlung, deren heftigster Opponent Kleinaktionär Nold (oben Mitte) war. Rheinstahl-Aufsichtsrat und Vorstand (oben rechts) parierten die Kritik. Bild rechts: Rheinstahl-AR-Vorsitzender Dir. Holle (M.), Generaldirektor Söhngen (l.) und Dir. Schmitz (Ruhrstahl-Vorstandsvorsitzer) im Gespräch



Bleich, ein wenig schmutzig hängt der Mond an einem Himmel, den die Dämmerung grau überzieht. Der letzte Widerschein der Sonne färbt den westlichen Horizont mit violetten Tönen. Ein leiser Wind weht bräunliche Rauchschwaden über das sonst makellose Pastell des Abendhimmels: die Westfalenhütte sticht ab. Ein Sommerabend, wie man ihn nur wünschen kann.

Gemächlich schlendern die Menschen gepflegte Wege entlang; Musik ertönt; mit zischendem Geräusch gleiten Sessellifte zwischen Bäumen dahin; rote Lichter an einem schlanken Betonschaft, rotierende Scheinwerfer in schwindelnder Höhe: Deutschlands höchster Fernsehturm (217,5 m) hat „Festbeleuchtung“ eingeschaltet; Baumgruppen, indirekt angestrahlt; murmelnde Bäche, über beleuchtete Stufen talwärts sprudelnd; lichterkettensäumte Teiche und Seen; emscherwärts fallende Rasenflächen, von der Dämmerung überschattet; Blumenrabatten, noch im Abendlicht ihre Farbenpracht verratend; lauschige Winkel zum Sitzen ladend. Idyllische Ruhe, die Entspannung bringt nach heißem, hartem Arbeitstag. Aber der Alltag ist nicht ganz verbannt aus dieser ruhespendenden Oase: gemahnend an des Alltags Schwere erhebt sich klotzig, wuchtig, breitausladend die Silhouette einer Hütte, jenseits der Emscher, Kulisse werdend für Dortmunds Bundesgartenschau. Wäre dies nicht alles Wirklichkeit, man möchte es für eine Riesenbühne halten, für ein Bühnenbild aus dem „Sommernachtstraum“. Es ist so schön, fast überwirklich; was Wunder, daß sich hier der müde Bürger still ergeht.

Steil brennt die Sonne von einem wolkenlosen Himmel. Im wabernden Glanz eines hitzegesättigten Sonntags scheinen die Bäume zu tanzen, verzerren sich fast die sich verjüngenden Konturen des Fernsehturms. Ungebrochene Helle läßt die Rasenmatten in strahlendem Grün erscheinen, erhöht die Farben der tausendfältigen Flora. Einem Heerwurm gleich schiebt sich die Masse Mensch die Wege entlang, die nun, überfüllt, zu Trampelpfaden werden. Wo ist der festliche Eindruck, die Ruhe der

BLUMENIDYLLE UND HOCHHÖFEN

BUNDESGARTENSCHAU DORTMUND

Sommerabende, die den Gang durch die Gartenschau zur Naturidylle machen? Aus allen Himmelsrichtungen kommen Autos; Autobusse ergießen sich im Nu in die weiträumigen Parkplätze. Straßenbahnen fudern im Stafettenlauf ständig neue Menschenmassen an. Gedränge an den Kassen. Kein Stuhl ist mehr frei in der Milchbar, im Café. Auch die gläserne Vitrine des Buschmühlen-Restaurants – eine architektonische Augenweide – ist fast bis auf den letzten Platz besetzt.

An den Wegrändern lagern die Menschen. Wird der Rasen gestürmt? Fußkühlungen in den Teichen und Brunnen. Ungerührt stehen die Flamingos im seichten Wasser, fontänenumrauscht, gewohnt, als fotografischer Vordergrund für das jenseits der Gartenschau liegende Werk der Dortmund-Hörder Hüttenunion erhalten zu müssen.

Nahkämpfe entwickeln sich an den im Gelände verstreuten Trinkbuden. Die Obst- und Souvenirverkäufer haben Hochkonjunktur. Schon sind die Abfallkörbe brechend voll; Papier und Flaschen am Wegrand. Überfüllt ist die riesige Bierhalle à la Münchner Oktoberfest. Eine blau-weiße Kapelle spielt auf. Im Takt dazu gurgelt das Bier durch tausend durstige Kehlen. Wohlan: „Eins, zwei, gsuffa ...“

Schwitzende Menschen, die nicht mehr die Schönheit der Anlage sehen, die nur die Hitze verfluchen, sich dennoch vorwärts schleppen, von Sehenswürdigkeit zu Sehenswürdigkeit, sie dann mit „Oh“ und „Ah“ quittierend. Kinder weinen vor Erschöpfung. Zum Ausgang, zum Ausgang ...

Sonntagerholung?

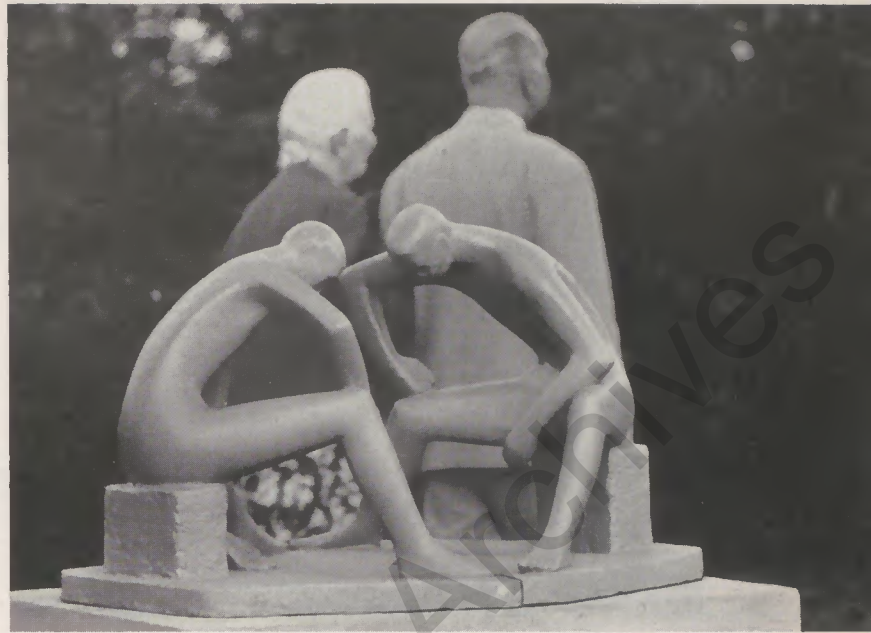
Wer achtet auf die Plastiken, die wie zufällig zwischen Büschen ein beschauliches Dasein führen? Modern, nicht selten schalkhaft, bieten sie sich dem, der noch zum Schauen fähig ist. Kleingärten, Musterschauen für den Feierabend. Ach was, den Turm muß man bestiegen haben. Man „stellt sich an“, man wartet, je nach Temperament, bis man an der Reihe ist. Hinauf in schwindelnde Höhe. Haben Sie schon einmal in 138 m Höhe einen Kaffee getrunken (angeblich ohne Preisaufschlag)? Und die Aus-

sicht, die sich von diesem rotierenden Café dem biedereren Bürger bietet! Bis nach Soest kann man das Land erschauen – wenn's nicht diesig ist, wie meist. Nicht vergessen: eine Ansichtskarte muß geschrieben werden. Die Bundesgartenschau ist eine Karte wert. „So, nun aber schnell nach Hause, die Kinder quengeln schon; mir klebt das Hemd am Leibe. Die Limonade ist ja warm! Nur weg von hier; diese vielen Menschen. Daheim haben wir einen schönen Balkon. Man sieht zwar nicht so weit, aber wenn's zu heiß wird, haben wir ja eine Dusche.“

*

Boote mit roten Lampions gleiten auf dem großen Teich. Das Kichern junger Mädchen klingt aus Richtung der vom Abend verschatteten Sitzbänke, halb verdeckt von dichtem Buschwerk. Weißhaarige Ehepaare wandern gemächlich Arm in Arm. Feierabend, Lebensabend. Junge Burschen, Teenager in wippenden Röcken eilen vorbei, springen über Trittsteine, hinauf zum japanischen Teehaus. Familien, würdig der Vater, statisch die Mutter, halbwüchsig der Sohn, sitzsam die Tochter, gönnen sich einen abendlichen Bummel, gelegentlich grüßend, Grüße lächelnd erwidern. Abonnenten, Anwohner, Nachbarn der Gartenschau. Männer mit harten Gesichtern spazieren, von Frauen begleitet, in bedächtigem Schritt die Anlagen entlang. Sie betrachten alles genau, verweilen vor den im Abendlicht kaum noch lesbaren Schildern, die die Namen der mannigfaltigen Gewächse verkünden. Man genehmigt sich einen Kaffee, ein kühles Bier, man entspannt sich. Luft, gute frische Luft in die Lungen, die auf der nächsten Schicht wieder Kohlenstaub atmen, sich vor der Feuersglut brodelnder Stahlöfen schmerzhaft zusammenziehen.

Eine angenehme Brise streicht über die Rasenhänge, bringt für Augenblicke Schwefelgeruch mit sich, doch der Duft der Blumen ist stärker. Würziger Heuduft. 600 000 qm Natur (!). Hart daneben die Bezirke der Arbeit, des Stahls. Einmalig ist der Kontrast von Gartenland und Schwerindustrie. Wo sonst in Deutschland kann man gemächlich einen Schoppen Wein trinken, das Auge über Blumen und Rasenflächen gleiten lassen



und gleichzeitig das immer wieder faszinierende Schauspiel eines Hochofenabstichs miterleben?

Ein Willkommen verheißt der fröhliche Florian auf dem Gartenschauplakat, der Bergmann mit der herrlich roten Wunderblume. Millionen kamen schon, das Gartenwunder vor stählerner Werkskulisse zu sehen; genießen aber kann man es nur abends, wenn wirklich Ruhe eingekehrt, Kühle und Beschaulichkeit.





Notizen einer USA-Reise

Vor einiger Zeit bereisten der technische Werksleiter der Presswerke Brackwede, Dipl.-Ing. Helling, und der Leiter des Werkzeugbaus, Ing. Apel, für einige Wochen die Vereinigten Staaten, wobei sie 17 Firmen besuchten und etwa 15 000 km zurücklegten. Zweck der Reise war das Studium von Werken, deren Fertigungsprogramm dem der Presswerke ähnlich ist, also Zulieferindustrien für den Pkw- und Lkw-Bau, insbesondere natürlich Hersteller von Karosserien, Fahrzeugrahmen und entsprechenden Werkzeugen. Ferner wurden Produzenten anderer Ziehteile besucht und die Besichtigung von Schweiß- und Montageeinrichtungen für die Herstellung von Behältern sowie neuer Verfahren der Formgebung (bestimmte Methoden des Druckvorganges für Behälterböden, Formgebung durch Explosion) für unsere USA-Reisende arrangiert. Interessant war auch die Anwendung von Kunstharzen für die Herstellung von Werkzeugen. Die Verwendung von vorgehängten Wandelementen für den Bau von Hochhäusern, ein für uns neues Problem, wurde ebenfalls studiert. Im folgenden Aufsatz geben wir auszugsweise einige Reisenotizen wieder, die Dir. Helling — mit allen Vorbehalten, die bei einer nur kurzen Reise durch die USA angebracht sind — verbunden mit Lichtbildern den leitenden Angestellten der Presswerke kürzlich vortrug.

Auf unserer Reise haben wir eine Reihe auch in Europa bekannter amerikanischer Großstädte besucht. New York dürfte wohl von allen am bekanntesten sein. Besonders beeindruckend war der New Yorker Stadtteil Manhattan, eine felsige Insel, umflossen von Hudson, East River und Harlem River. Auf 45 qkm leben hier 4 Mill. Menschen. Trotzdem große Grünflächen viel Raum einnehmen und mindestens die Hälfte aller Häuser Geschäftshäuser sind, bleibt immer noch Raum für riesige, bis über 20 Stockwerke hohe Appartement-Häuser. Die wohl allen bekannten Wolkenkratzer befinden sich nur auf der Südspitze und Mitte der Insel und bedecken höchstens 5% der Gesamtfläche; sie prägen jedoch den Charakter dieses Stadtteils.

Detroit und Chicago sind regelrechte Industriestädte; Detroit lebt und arbeitet im Zeichen des Automobils, während in der Umgegend von Chicago fast so viel Stahl produziert wird wie im ganzen Ruhrgebiet. Beide Städte haben ebenso wie Philadelphia, das sowohl eine Industriestadt als auch eine historische Stadt ist, mehrere Millionen Einwohner.

Die übrigen von uns besuchten Städte im Mittelwesten, Milwaukee, Minneapolis und Dayton, sind in Art und Anlage sehr gleichförmig und dadurch fast langweilig zu nennen. Hier sind größere und mittlere Betriebe der Stahlverarbeitung beheimatet. Die Stahlstadt Pittsburgh ist landschaftlich außerordentlich schön gelegen. Die angeblich europäischste Stadt der Vereinigten Staaten ist San Franzisko an der Westküste der USA. Städtebaulich völlig anders ist Los Angeles, das nur einen relativ kleinen Stadtkern mit Hoch- und Geschäftshäusern besitzt; nach grober Schätzung umfaßt dieser Bezirk nicht mehr als 1 qkm. Dagegen dehnen sich in einem Bereich von etwa 90 qkm unendliche Reihen von Einfamilienhäusern und große Industriebezirke aus. Schätzungsweise hat Los Angeles 27 000 Betriebe.

Wie lebt der Amerikaner? Wer nur wenig Geld hat, kauft sich ein Auto und einen meist gebrauchten Wohnwagen, den er auf Niemandsländ parkt. In der nächsten Stufe erwirbt er ein Haus aus vorgefertigten Baueinheiten (Preis etwa 12 000 Dollar). Später kauft oder baut er sich ein Haus, das zwischen 16 000 und 40 000 Dollar kostet. Man trifft aber nicht selten auch auf Häuser, die 80 000 Dollar und mehr gekostet haben müssen. Im allgemeinen ist der Baustil der Siedlungen (rund 70% aller Amerikaner leben in eigenen Einfamilienhäusern) sehr einheitlich: je 1 Wohn- und Eßraum, 1 Arbeitszimmer, 2 Schlafzimmer, Bad, hochmechanisierte Küche mit großem Kühlschrank und Kühltruhe sind der Standard. Fast alle Häuser, die in den letzten Jahren entstanden sind, wurden im Bungalow-Stil erbaut.

Die Wohnsiedlungen, Trabantenstädten ähnlich, die sog. Suburbans, liegen z. T. 30 bis 50 km außerhalb des Stadtkerns. Der Amerikaner ist trotz allem ein Individualist geblieben, was den Hang zum Einfamilienhaus, neben der außerordentlichen Höhe der Mieten in der Stadt, erklären mag. Interessant ist übrigens, daß kaum ein Zaun die Grenzen der Nachbargrundstücke kennzeichnet.

Ein Appartement (natürlich mit Klimaanlage), mit 4 Zimmern, Küche und Bad soll in den Großstädten 350–450 Dollar im Monat kosten. Der hohe technische Stand der amerikanischen Bauweise trägt zur Vollbeschäftigung ganzer Industrien bei. Angeblich werden pro Jahr 1,5 Mill. Wohnungen gebaut. Der hohe Lebensstandard, der sich im Wohnen ausdrückt, regt auch andere Industriezweige, so z. B. die Hersteller von Küchenein-

Hochhäuser – gestern und heute



richtungen, Fernsehgeräten, Möbeln und Stoffen an. Die USA sind ein fast unerschöpflicher Markt.

In der Nähe der Siedlungen sind Geschäftsgruppen zu sog. „Supermarkets“ zusammengefaßt; hier kann man vom Hosenknopf bis zum Gesellschaftsanzug ebenso alles kaufen wie vom Salz bis zum Hummer. Riesige Parkplätze sind jedoch die Voraussetzung dafür, daß die Hausfrauen aus der Umgegend hier und nicht in der allerdings teureren Stadt kaufen. Übrigens pflegt die Amerikanerin – zumeist ebenfalls mit einem Auto ausgerüstet – nur einmal in der Woche, dann aber ganz groß, einzukaufen. Die Vorräte wandern größtenteils in die Kühltruhen. Es ist sehr schwer, die Frage nach den Einkommensverhältnissen der amerikanischen Arbeiter exakt zu beantworten. Es seien daher nur einige Beispiele herausgegriffen: Ein Modelltischler verdient etwa 3,5 Dollar pro Stunde, ein Werkzeugmacher 2,7 bis 3,2 Dollar, ein Pressenarbeiter 2,2 bis 2,5 Dollar. Stahlarbeiter, die bis zu 6 Dollar pro Stunde bekommen, bilden die Spitze, aber auch Maurer liegen mit 4,5 Dollar über dem Durchschnitt. Angestellte und sonstige Berufe erhalten nominal 1 Dollar so viel wie ihre deutschen Kollegen nominal in DM. Bei Berücksichtigung der Kaufkraft des Dollars verfügen sie über ein Einkommen, das mehr als doppelt so hoch ist wie das deutsche. Praktisch jeder beschäftigte Amerikaner besitzt ein Auto, ein Großteil der Familien sogar zwei (Volkswagen, Renault u. a.). Nicht selten gehört noch ein Motor- oder Segelboot für das Wochenende dazu. Viele haben auch ein Wochenend- oder Ferienhaus auf dem Lande oder an den Seen.

Interessant ist es übrigens festzustellen, daß wir uns in Deutschland hinsichtlich der Kleidung der Amerikaner oft falsche Vorstellungen machen. Sie sind nicht so salopp angezogen, wie man früher häufig glaubte. Insbesondere leitende Angestellte sind ausgesprochen elegant, fast möchte man sagen „englisch“, gekleidet. Nur selten sitzt man in Hemdsärmeln im Büro, was aber nicht zuletzt auf die Klimaregelung der Räume zurückzuführen ist. Die Kleidung der Frauen ist farbriger und auffälliger als bei uns. Insbesondere die Hutmode ist völlig anders. Erstaunlich ist, wieviel offenbar echter Schmuck von Frauen auch im Alltag getragen wird.

Diese Skizzierung amerikanischer Verhältnisse wäre keineswegs vollständig, wollte man nicht noch ein Wort zum Straßenbau sagen. Ebenso wie bei uns ist die Motorisierung des Landes (etwa jeder dritte von 175 Mill. Einwohnern besitzt einen eigenen Wagen) ein akutes Verkehrsproblem. Mit dem den Amerikanern eigenen Elan wurden deshalb in den letzten zwei Jahrzehnten in einem für uns unvorstellbaren Tempo Straßen gebaut. Besonders in den letzten Jahren wurden dabei Konstruktionen von Über- und Unterführungen verwirklicht, die in ihrer Kühnheit aber auch Unbekümmertheit dem in dieser Hinsicht leider nicht verwöhnten Deutschen atemberaubend erscheinen müssen. Straßen von 30 m Breite sind keine Seltenheit. Vier- und sechsbahnige Autobahnen in einer Richtung werden in jeder größeren Stadt gebaut. Stellen sich gelegentlich Gebäude, wie etwa das neue Postgebäude in Chicago, der Führung einer neuen Straße in den Weg, so wird die Straße einfach abgesenkt, das Gebäude in der ersten Etage abgestützt und die Straße darunter hindurchgeführt. Bergabhänge werden abgetragen, Flußarme mit z. T. kilometerlangen Brücken überspannt.

Diese Notizen, gewiß unvollständig, sollen nicht geschlossen werden ohne einen ganz persönlichen Kommentar: Alle Amerikaner waren zu uns freundlich und aufgeschlossen. Wer deutsch sprechen konnte, versuchte es; bei unseren Werksbesichtigungen wurde fast stets jemand hinzugezogen, der deutsch verstand.

Soweit über politische Probleme gesprochen wurde, betonten unsere amerikanischen Gastgeber, daß sie keineswegs gewillt seien, Berlin im Stich zu lassen. Offenbar hat der Berliner Bürgermeister Willy Brandt bei seiner Reise einen glänzenden Eindruck in den USA hinterlassen. Unfreundlichkeiten gegenüber Deutschland finden sich meist nur in Zeitschriften.

Amerika ist ein großes, reiches, aber auch noch junges Land. Der Stolz über die in den letzten 50 Jahren vollbrachte Leistung, sich technisch und politisch zum bedeutendsten Land der Welt aufzuschwingen, ist bei allen Amerikanern stark ausgeprägt. Fast stets, wenn man ins Gespräch mit Amerikanern kommt, wird man gefragt: „Sie sind das erste Mal in den Staaten?“ Wenn man bejaht, kommt fast beschwörend die Frage: „Do you like it?“ (Gefällt es Ihnen?) Darauf meine – überzeugte – Antwort: Daß die USA groß und bedeutend sind, kann man auf der Landkarte sehen und in der Schule lernen. Natürlich ist der Eindruck dieses riesigen und schönen Landes überwältigend. Was ich aber am meisten schätzen gelernt habe, ist die Tatsache, daß die Menschen, die in diesem Land wohnen, tüchtig sind und alle nett, freundlich und hilfsbereit.

Dipl.-Ing. Helling, Brackwede

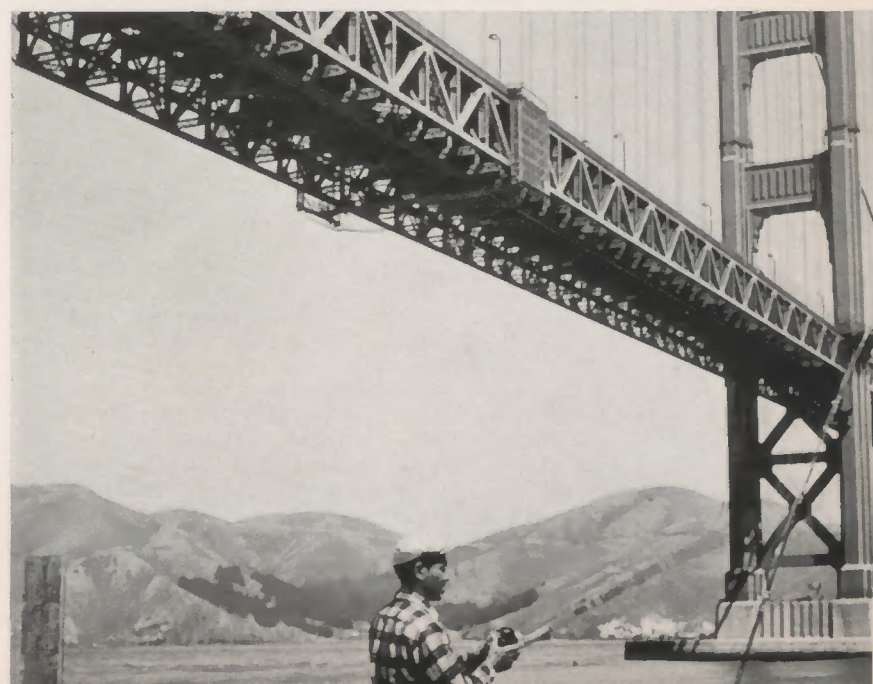


▲ Mehrstock-Vielbahn-Verkehr

▼ Klimaregelte Appartementshäuser



▼ An der Golden-Gate-Brücke, San Franzisko





Am Seil



Abseilen eines Verletzten



Hütten-Löschzug



Fachgerechtes Schlauchlegen



In der Leiter

HENRICHSHÜTTE

FEUERWEHR: Immer im Dienst

In der Nr. 3/59 unserer Werkzeitschrift wurde als Portrait der Arbeit das Foto eines Feuerwehrmannes gebracht mit einem kurzen Hinweis auf die Tätigkeiten der Feuerwehr. Da jedoch in diesem Hinweis natürlich nicht näher auf die Aufgabenbereiche der Abteilung Feuerwehr/Werkschutz eingegangen werden konnte, soll dieses hier geschehen. Jedem unserer Belegschaftsmitglieder ist bekannt, daß wir auf unserem Werk innerhalb des Werksicherheitswesens die Abteilung Feuerwehr/Werkschutz haben. Die wenigsten unserer Belegschaftsmitglieder werden sich aber eine Vorstellung von den mannigfaltigen Aufgaben dieser Abteilung machen. Wenn üblicherweise angenommen wird, daß die Feuerwehr- und Werkschutzmänner nur zur Brandbekämpfung in Bereitschaft stehen, Pfortnerdienste versehen und Torhauskontrollen durchführen, so ist das eine irrtümliche Auffassung. Nachstehend soll deshalb einmal auf die vielseitigen Aufgaben von Werkschutz und Feuerwehr näher eingegangen werden.

Brandbekämpfung steht bei der Feuerwehr natürlich an erster Stelle. Deshalb ist die gründliche Ausbildung jedes Feuerwehrmannes in „Brandereinsatz“ und „Löschtaktik“ eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wirksame und erfolgreiche Brandbekämpfung. Daß ein Feuerwehrmann körperlich voll einsatzfähig und geistig rege sein muß, ist selbstverständlich. Darüber hinaus wird von einem Feuerwehrmann verlangt, daß er möglichst gelernter Handwerker und Inhaber eines Führerscheines ist und die Voraussetzungen zur Erlangung eines Waffenscheines mit sich bringt; er darf nicht vorbestraft sein. Einige Feuerwehrmänner können auch jederzeit aushilfsweise als Verwiegere eingesetzt werden, da sie von der Landes Eichdirektion Dortmund hierfür vereidigt wurden. Selbstverständlich ist auch jeder Feuerwehrmann in „Erster Hilfe“ ausgebildet.

Auch bei der Feuerwehr gilt der alte Grundsatz „Vorbeugen ist besser als heilen!“ Dieses Motto wird bei unserer Wehr so aufgefaßt, daß dem „vorbeugenden Brand- und Explosionsschutz“

eine ganz besondere Bedeutung beigemessen wird. Daß die Erfolge durch diese von dem Leiter des Werksicherheitswesens, Sicherheitsingenieur Ritter, im Jahre 1956 ins Leben gerufene Unterabteilung nicht ausgeblieben sind, wird dadurch dokumentiert, daß 1958 nur ein Großbrand und 670 Handfeuerlöschereinsätze zu verzeichnen waren gegenüber noch 56 Mittelbränden und 342 Kleinbränden 1956.

In diesem Zusammenhang ist noch zu bemerken, daß die gerätemäßige Ausstattung der Wehr nach den neuesten Erkenntnissen auf diesem Gebiete laufend ergänzt wird.

Wie jeder Hüttenmann weiß, kommen im Werk Gicht- und Koksgas in großen Mengen zum Einsatz. Alle Belegschaftsmitglieder kennen die großen und kleineren Rohrleitungen, die das Gas den einzelnen Verbrauchsstellen zuführen. Die Gefährlichkeit des Gases sowohl wegen der Explosionsgefahr als auch wegen der schädigenden und sogar tödlichen Einwirkung auf den menschlichen Körper ist bekannt. Deshalb wird das Wort „Gasschutz“ auf unserem Werk ganz groß geschrieben. Die Aufgaben des Gas- und Atemschutzes werden ebenfalls von unserer Werkswehr wahrgenommen. Zwei Gasschutzwarten wurden eingesetzt, die die Einweisung der Gasschutzposten vornehmen, die erforderlichen Geräte warten, also überprüfen, instandsetzen und reinigen sowie desinfizieren; ferner nehmen sie die Gasmessungen – also die Überprüfungen auf Gasfreiheit – vor. Darüber hinaus kann jeder Feuerwehrmann als Gasschutzposten eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß alle Mitarbeiter, die mit an Gasleitungen wie Umschlußarbeiten usw. beschäftigt – also gefährdet – sind, unbedingt einen Gasposten anfordern müssen. Ferner ist bei jedem Verdacht auf unkontrollierten Austritt von Gasen sofort die Feuerwehr zu benachrichtigen, die entsprechende Messungen mit Gasspürgeräten vornimmt. Hierzu einige Zahlen:

Es wurden gestellt:

1956	1108	Gasposten mit	5710 Stunden
1957	1840	„	8331 „
1958	1679	„	7288 „

Erwähnt sei ferner, daß die Feuerwehrmänner auch als Fahrer unserer Krankfahrzeuge stark in Anspruch genommen werden. Hier einige Zahlen:

Es wurden durchgeführt:

1956	9236	Krankentransporte mit	99 448 km
1957	9000	„	105 096 km
1958	9112	„	104 067 km

Daß bei den Geldtransporten zu Lohn- und Gehaltszahlungen und für die Betriebskrankenkasse jeweils Feuerwehrmänner Dienst als Geldschutzposten verrichten und diese auch Streifendienste zu versehen haben, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Auf die Tätigkeiten der Pfortner, Wärter und Boten – die ebenfalls zum Werkschutz gehören –, braucht in diesem Rahmen nicht näher eingegangen zu werden; sie sind allgemein bekannt. Die Verwiegere unserer Torwachen wurden durch die Landes Eichdirektion Dortmund vereidigt; im vergangenen Jahr haben sie etwa 380 Verwiegungen pro Tag vorgenommen gegenüber nur 260 im Jahr 1956.

Die Tätigkeit der sogenannten Wagenbegleiter besteht darin, das eingebrachte Unternehmerrgut und überhaupt Anlieferungen für das Werk zu kontrollieren, die Richtigkeit zu bestätigen und auch den Ausgang von Gütern entsprechend zu überwachen. Die Streifenposten sollen den Diebstahl von Werkseigentum verhindern.

Dem Werkschutz angeschlossen ist auch der Reinigungsdienst, also die Putzfrauen, die für die Säuberung der Büros usw. eingesetzt sind.

Zweck dieser Zeilen soll es sein, bei jedem Werksangehörigen ein gewisses Verständnis für die mitunter mißverstandenen Maß-

nahmen dieser Abteilung zu wecken. Die Mitarbeiter dieser Abteilung sind entsprechend den ihnen gegebenen Anweisungen dafür verantwortlich, daß das Werk gegen alle Gefahren, die seinen Bestand gefährden oder einen Vermögensverlust, sei es durch Brand, Explosion, Katastrophenfall, aber auch durch Diebstahl usw. verursachen kann, geschützt wird. Letzten Endes sind ja alle Belegschaftsmitglieder davon betroffen, wenn beispielsweise durch einen Großbrand oder einen Katastrophenfall einzelne Betriebszweige unseres Werkes ausfallen. Es muß daher im Interesse eines jeden Mitarbeiters liegen, die Tätigkeit der Feuerwehr und des Werkschutzes nach bester Möglichkeit zu unterstützen.

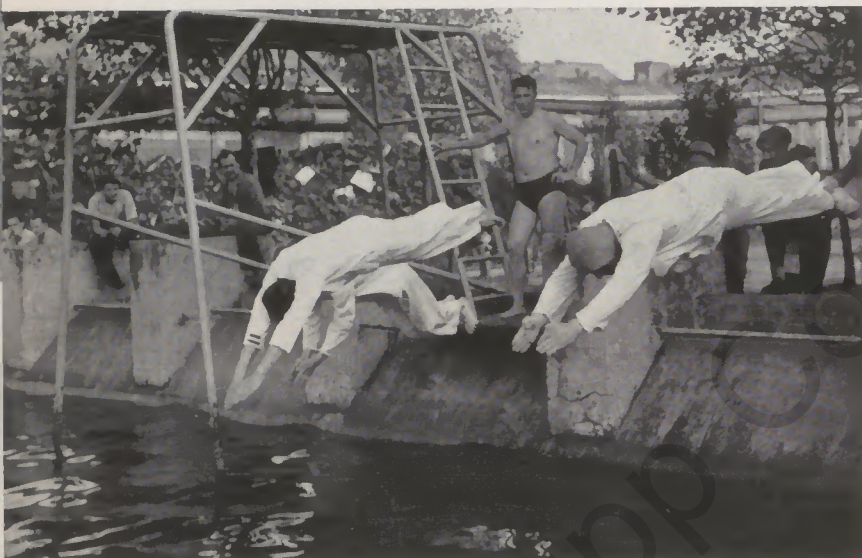
Kratz, Henrichshütte

Löschübung



UNFALLSCHUTZ

Feuerwehr auch Rettungsschwimmer



Retter in der Not: Nicht ungefährlich ist der Augenblick, in dem sich der Retter dem Ertrinkenden nähert, um ihn „abzuschleppen“, denn in seiner Todesangst schlägt der Ertrinkende meist blindlings um sich, den Rettungsversuch mißdeutend (Foto ganz oben). Das Schwimmen in Kleidern (Foto Mitte) ist schwieriger als es aussieht. Erst wenn der Ertrinkende, im richtigen Rettungssgriff geborgen, zum Ufer „geschleppt“ wird, ist das schwerste geschafft



In den vergangenen Wochen traf sich zunächst einmal, dann zweimal wöchentlich gegen 17 Uhr eine Anzahl Feuerwehrmänner der Henrichshütte am zum Schwimmbecken ausgebauten Löschteich im Schatten des Hüttengasometers. Rund 35 Mann unserer Werksfeuerwehr waren der Ansicht, es genüge nicht, nur für die üblichen Aufgaben eines Feuerwehrmannes vorbereitet zu sein. Vielmehr müsse man darüber hinaus in der Lage sein, auch im Wasser Menschenleben retten zu können. Unter der technischen Leitung der DLRG, Ortsgruppe Welper, ließen sie sich deshalb zu Rettungsschwimmern (Erwerbung des Grund- bzw. Leistungsscheins) ausbilden.

Die Initiative hierzu ergriff die Werksfeuerwehr von sich aus, wurde aber sowohl von der Werksleitung als auch von der Abt. Unfallschutz und vom Werksarzt offiziell unterstützt. Die Beteiligung an den Lehrgängen war natürlich freiwillig. Um so höher ist es einzuschätzen, daß die Feuerwehrmänner zum Teil extra aus Stiepel, Altendorf, Sprockhövel usw. nach Feierabend auf die Hütte zurückkehrten.

Immer wieder mußte in den vergangenen Jahren die Werksfeuerwehr ausrücken, um an der Ruhr helfend einzugreifen. Besonders in den Sommermonaten traten wiederholt Fälle ein, in denen Menschen beim Schwimmen in Lebensgefahr gerieten. Zusammen mit der DLRG konnte sie schon manchen vor dem sicheren Tod des Ertrinkens bewahren.

Zweifellos gehört es nicht zu den unmittelbaren Obliegenheiten einer Werksfeuerwehr, Ertrinkende zu retten, da sie sich zunächst um das Werk zu kümmern hat. Deshalb wird stets darauf geachtet, daß auch in außerbetrieblichen Katastrophenfällen, bei denen die Werksfeuerwehr auf Grund ihrer allgemeinen Pflicht zur Hilfeleistung eingesetzt wird, die Hütte nicht ganz von der Feuerwehr entblößt wird.

*

Die Bedingungen zur Erlangung des Grundscheins schreiben unter anderem 100 m Schwimmen in Kleidung, 15 m Streckentauchen, zweimal 2 bis 3 m Tieftauchen, 30 m Retten sowie Befreiungsgriffe aus Umklammerungen an Land und im Wasser vor. Beim Leistungsschein werden sogar 300 m Schwimmen in Kleidung, 25 m Streckentauchen, dreimal 2 bis 3 m Tieftauchen und 50 m Retten gefordert. Darüber hinaus muß auch die Behandlung eines Geretteten auf dem Lande beherrscht werden. Hierbei dürften den Feuerwehrmännern ihre Erfahrungen bei der Wiederbelebung Gasverunglückter zugute kommen, da die entsprechenden Maßnahmen einander sehr ähnlich sind.

*

Die von der Werksfeuerwehr gezeigte Initiative ist außerordentlich begrüßenswert, denn neben einer körperlichen Erhaltung dient das Ziel vor allem anderen der Lebensrettung, der Erhaltung von Menschenleben. Es ist gut zu wissen, daß an den Ufern der örtlichen Badegelegenheiten in diesen Sommerwochen, da die Badelustigen zu Hunderten das Wasser bevölkern, einige Männer ein wachsames Auge auf sorglose Menschen haben, bereit, in jeder Minute ihr eigenes Leben einzusetzen, um ein in Gefahr geratenes zu retten.

40 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE



Wilhelm Herrgott
Schlosser
(Elektrowerkstatt)
am 29. April 1959



Fritz Seier
kaufm. Angestellter
(Verkauf Walzwerk)
am 12. Juni 1959



Ernst Stollmann
Dreher
(BW II)
am 29. Juni 1959

25 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE

Johann Raczynski, Presser (Kümpelbau),
am 12. April 1959

Wilhelm Kost, Wassermann (Hochofen),
am 19. April 1959

Walter Weller, Schlosser (Masch.-Betrieb),
19. April 1959

Heinrich Podeswa, Einsetzer (Walzwerk I),
am 19. April 1959

Ernst Hirschmann, Former (Eisengießerei),
am 24. April 1959

Willi Siepermann, Gewichtsberechner
(Auftragsbüro), am 3. April 1959

Helmuth Alteheld, Hilfsmeister (Elektro-
werkstatt), am 13. April 1959

Friedolf Jäger, Techniker (Planung und
Betriebskalkulation), am 10. Mai 1959

Albert Riemann, Techn. Angest. (Planung
u. Betriebskalkulation), am 12. Mai 1959

Artur Decker, Dreher (Mech. Werkstatt III),
am 17. Mai 1959

Heinrich Schmidt, Putzer (Stahlputzerei),
am 22. Mai 1959

Karl Teschner, Dreher (Eisengießerei), am
25. Mai 1959

Karoline Dellmann, Spulenwicklerin
(Elektro-Werkstatt), am 1. Juni 1959

ANNENER GUSSSTAHLWERK

Max Schlicker, Schlosser FS,
am 6. April 1959

Friedhelm Scheele, Former FG,
am 12. Mai 1959

Karl Röhrig, Werkschutzmann,
am 19. Mai 1959

PRESSWERKE BRACKWEDE

Karl Tatenhorst, Vorarbeiter (Betrieb II),
am 12. April 1959

Karl Wessel, Wachmann,
am 12. April 1959

Wilhelm Kahmann, Vorarbeiter (Werk-
zeugbau), am 13. April 1959

Emil Liebig, Tischler (Tischlerei),
am 14. April 1959

Anni Wiehe, kfm. Angestellte (Verkaufs-
abteilung), am 3. Mai 1959

Wilhelm Wegener, Richter (Betrieb II),
am 20. Juni 1959

Hugo Ikenstein, Schlosser (Mech. Rep.-
Werkstatt), am 5. Juni 1959

Jakob Urbansky, Dampfkranführer (Eisen-
bahn), am 5. Juni 1959

(Fortsetzung nächste Seite)

Baden bei Hitze

Noch selten war der Sprung ins kühle Naß so verlockend wie in diesem heißen Sommer. Das Azurblau südlicher Meere, das klare Grün der Nord- und Ostsee, aber auch das schmutzige Grau unserer Binnengewässer und Flußläufe lockt zum Baden.

Die steigende Zahl der Todesfälle durch Ertrinken zeigt aber auch die großen Gefahren dieses verständlichen Abkühlungs- triebes. „Tod durch Ertrinken“, „Herzschlag im Wasser“; so lauten die sommerlichen Schlagzeilen der Lokalpresse.

Der Tod durch Ertrinken erfolgt durch mangelnde Schwimmkenntnisse, durch besondere Wasserverhältnisse, Untiefen und dergleichen, oder durch Eindringen von Wasser oder Schlamm in die Atemwege mit anschließender Erstickung. Aber auch der organisch gesunde und geübte Schwimmer kann ertrinken, und zwar im Kreislaufschock. Dieser Schock tritt ein, wenn man mit erhitztem Körper oder mit vollem Magen nach üppigen Mahlzeiten ins Wasser springt. Im ersteren Fall tritt der Schock durch plötzlichen Temperaturwechsel, im letzten Fall durch ungleiche Blutverteilung im Körper während der Verdauung ein. Das Merkmal des Schocks ist ein plötzlicher Blutabzug aus dem Gehirn und der Muskulatur mit kurzdauernder Benommenheit oder Bewußtlosigkeit und kurzdauernder Bewegungsunfähigkeit der Muskulatur. Wird in dieser kurzen Schockphase Wasser eingeatmet, so ist es in den meisten Fällen schon zu spät. Außerhalb des Wassers würde dieser Schock fast stets ohne ernstere Folgen bleiben. Der meist als Ursache des Ertrinkens angenommene Tod durch Herzschlag ist also fast immer ein Tod im Kreislaufschock. Nur ganz selten kann bei Herzkranke und bei schwimmerischer Überanstrengung der Herzschlag die Ursache des Ertrinkungstodes sein.

Man soll also nie erhitzt oder mit vollem Magen ins Wasser springen; vorherige Abkühlung des Körpers durch ein Brausebad oder durch langsames Eintauchen ins Wasser muß dem Bad vorausgehen. Das Übergießen der Handgelenke mit kaltem Wasser genügt nicht. Übrigens: Nichtschwimmer sollen sich grundsätzlich nicht in unbekannte Gewässer wagen. Auch harmlos erscheinende Flußläufe wie unsere Ruhr sind bei niederem Wasserstand voller Tücken.

Wegen der außerordentlich starken Verschmutzung unserer Flüsse sollte man (Infektions- und Vergiftungsgefahren) nur in behördlicherseits freigegebenen Gewässern und in Frei- oder Strandbädern baden. In geschlossenen Schwimmbädern sollte jeder auf die Sauberhaltung des Wassers achten.

Trotz aller Desinfektionsmaßnahmen, etwa Chlorierung des Wassers usw., kommt es immer wieder durch Masseninfektionen zu Augenbindehautentzündungen, zu Ohren- erkrankungen oder infektiösen Darmerkrankungen. Wegen der Verbreitung der Fußpilz- erkrankung empfiehlt es sich, nicht barfuß über die als infiziert geltenden Grasflächen im Bereich der Schwimm- und Strandbäder zu laufen. Leichte Sandalen oder Gummipantinen sind das beste Schuhwerk gegen derartige Infektionen. Menschen mit Trommelfellverletzungen sollen wegen der Gefahr von Gleichgewichtsstörungen nur mit eingefettetem Ohrenwattepfropf baden und schwimmen. Nach dem Baden sollte man sich, vor allem bei kühlem Wetter, richtig abtrocknen und ankleiden. Sonst gibt's eine zünftige Erkältung.

Dr. Groß, Henrichshütte

25 Jahre im Dienst HENRICHSHÜTTE

Wilhelm Schneider, Vorarbeiter (Walzwerk I), am 6. Juni 1959
Johann Zimmermann, Schrauber (Walzwerk I), am 7. Juni 1959
Ernst Jetzlaff, Scherenmann (Walzwerk II), am 14. Juni 1959
Wilhelm ten Cate, Pumpenwärter (Gaszentrale), am 19. Juni 1959
Heinz Jammers, Vorarbeiter (Kümpelbau), am 21. Juni 1959
Friedrich Langnau, Verlader (Stahlf-Schreinerei), am 24. Juni 1959

Goldene Hochzeit feierten:

Am 1. März 1959 konnte das Ehepaar Paul Hethey (76) und Frau Ida (71) das seltene Fest der goldenen Hochzeit begehen. Paul Hethey, der zuletzt in der Stahlputzerei gearbeitet hatte, war von 1909 bis 1946 Mitarbeiter der Henrichshütte. Das Jubelpaar wohnt in Hattingen, Neustraße 13.

Albert Gramatzki, Dreher (Mech. Rep.-Werkstatt), am 6. Juli 1959

Rudolf Güse, Betriebschef (Hüttenbahn), am 16. Juli 1959

Paul Schäfer, Elektriker (Elektro-Werkstatt), am 17. Juli 1959

Franz Derriks, Hochofenarbeiter (Hochofen), am 17. Juli 1959

August Lex, Former (Stahlformgießerei), am 25. Juli 1959

Alfred Heß, Elektriker (Elektro-Werkstatt), am 27. Juli 1959

Fritz Thyssen, Betriebschef (Bearb.-Werkstatt), am 1. August 1959

Der ehemalige Eisengießer Wilhelm Schmidt (74) und seine Frau Adele (73) konnten am 30. April 1959 ihr goldenes Ehejubiläum feiern. Wilhelm Schmidt, der heute in Hattingen, Neustraße 18, wohnt, war von 1934 bis 1950 auf der Hütte beschäftigt.

UNSERE TOTEN

HENRICHSHÜTTE

Heinrich Burggräf	kaufm. Angestellter	5. Juni 1959
Johann von Heesen	Pensionär	11. Juni 1959
Alma Diergardt	Botin	13. Juni 1959
Karl Breuing	Pensionär	14. Juni 1959
Albert Isenberg	Pensionär	14. Juni 1959
Erich Flüchter	Pensionär	16. Juni 1959
Paul Jeitzig	Pensionär	16. Juni 1959
Wilhelm Sauerbier	Pensionär	19. Juni 1959
Wilhelm Braun	Pensionär	19. Juni 1959
Otto Striebeck	Pensionär	19. Juni 1959
Adolf Hüser	Techniker	22. Juni 1959
Helmut Stolze	Verfahrensingenieur	25. Juni 1959
Otto Hanebeck	Pensionär	26. Juni 1959
Ludwig Schürmann	jugendl. Facharbeiter	7. Juli 1959
Josef Kremer	Pensionär	11. Juli 1959
Fritz Walter	Dreher	16. Juli 1959
Emil Hagebusch	Pensionär	16. Juli 1959
Ernst Kaiser	Pensionär	20. Juli 1959
Karl Warbruck	Pensionär	21. Juli 1959
Adam Fischer	Pensionär	21. Juli 1959
Albert Netz	Pensionär	22. Juli 1959
Helmut Horbach	Hilfsarbeiter	25. Juli 1959
Kurt Wiese	jugendl. Facharbeiter	26. Juli 1959
Erich Albrecht	Pensionär	27. Juli 1959
Karl Spörer	Pensionär	8. August 1959

ANNEN

Gustav Schmidt	Formermeister	17. Juli 1959
----------------	---------------	---------------

BRACKWEDE

Alois Thiesbrummel	Vorarbeiter	20. Mai 1959
August Birkhahn	Presser	28. Juni 1959

WIR BEWAHREN IHNEN EIN EHRENDES ANDENKEN

KURZKOMMENTAR

Menschliche Bindungen

Vor einigen Wochen flatterte der Redaktion der Werkzeitschrift ein Brief auf den Schreibtisch. Er war an den Bürgermeister von Hattingen gerichtet; der Absender war ein Franzose. Ein wenig fehlerhaft ist das Deutsch, aber zu Herzen gehend der Inhalt. Hier erinnert sich ein Franzose, Kriegsgefangener, gern an die Jahre, die er dienstverpflichtet auf der Henrichshütte als Arbeiter verbrachte. Kein Haß, keine Verbitterung, vielmehr Verständigung, Freundschaft mitten im Krieg, zu einer Zeit also, da in Deutschland alle Anstrengungen gemacht wurden, den „Endsieg“ zu erringen und abertausend Kriegsgefangene in deutschen Werken „zwangsverpflichtet“ an der Erreichung dieses Zieles mithelfen mußten. Hier nun der Brief:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
 Entschuldigen Sie bitte, daß ich Ihnen schreibe, aber es ist meine Pflicht, es zu tun, ich bin nämlich ein alter Kriegsgefangener vom Jahre 45. Ich habe 5 Jahre in der Henrichshütte in Welper gearbeitet bei Hattingen und ich bewahre eine gute Erinnerung an unsere deutschen Mitarbeiter dieser Fabrik, die mit den französischen Gefangenen gute Kameraden waren. Ich möchte Sie bitten Herr Bürgermeister, einen Artikel in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen, damit ich einige Arbeiter, mit denen ich gearbeitet habe, wiederfinden kann. Vor allen Dingen Josef Wagner, der im Jahre 45 Parkstraße, Welper, wohnte. Ich möchte Ihnen noch sagen, daß ich oft an Hattingen denke und an die deutschen Kameraden dieser Stadt. Die Deutschen, die nach Frankreich kommen, sind hier hochwillkommen. Wir haben keinen Haß gegen das deutsche Volk, das ein großartiges Volk ist und wir in Frankreich wünschen, daß Frankreich und Deutschland immer für immer befreundet bleiben, denn diese beiden Völker haben genug unter dem Krieg gelitten. Für mich wäre das größte Vergnügen, in Ihre Stadt zurückkehren zu können. Nehmen Sie meine herzlichen ehrerbietigen Grüße entgegen und auch meine Dankbarkeit der Hattinger Bevölkerung gegenüber. Folgendes ist meine Adresse:

Joseph Jules, Amiens/Sommé, Rue de la demi Lune 62, France.

Uns scheint dieser Brief ein schöner Beweis dafür zu sein, daß zu jeder Zeit, gleichgültig unter welchen Bedingungen, immer noch Raum ist für Kameradschaft, Freundschaft. Mögen die Politiker nicht immer den rechten Ton bei ihren Versuchen zur Völkerverständigung finden, der einfache Mann wird es immer können, weil er im anderen leichter den Kollegen sieht, der gleich ihm „auch nichts dafür kann“. In diesem Bereich, wo der Mensch dem Menschen noch nahekommt, spielt die Nationalität keine ausschlaggebende Rolle mehr, auch nicht im Krieg. Mit dem Augenblick, da der Gegner als Gefangener waffenlos war, war er gar bald nicht mehr Feind, sondern nur mehr Mensch, der in der Fremde lebend sein Vaterland entbehren muß. Gemeinsame Arbeit ließ ein Kollegialverhältnis entstehen zwischen den Gegnern von gestern, förderte Freundschaften, für die fremde Sprachen kein Hindernis mehr waren.

Wir wünschen sehr, daß Joseph Jules nicht nur wieder in Kontakt kommt mit seinen „alten Kollegen“, sondern daß er einmal auch auf einer Urlaubsfahrt die wiederaufgebaute Henrichshütte besucht.

PERSONALIEN

Ernennungen

Henrichshütte (am 1. Juli bzw. 1. August 1959)

Hans Pieper, Betriebschef, zum Leiter der Eisengießerei ernannt

Günther Sebulke, Hüttenbahn, zum Betriebschef ernannt

Brackwede (am 1. Juli 1959)

Heinrich Hiller zum Werkmeister für Nebenbetriebe und Unfallschutz

Konrad Aschenbrenner zum Vorarbeiter in der Wärmestelle

Dr. Bolko Urbanczyk zum Handlungsbevollmächtigten und stellvertretenden Abteilungsleiter in der Verkaufsabteilung

Pensionierungen

Henrichshütte (am 30. April 1959)

Ewald Zielke, Schlosser (Masch.-Betrieb), Invalide

Otto Dietze, Scherengehilfe (Walzwerk II), Erreichung der Altersgrenze

Emil Harder, Drucker (Lohnabrechnung), Erreichung der Altersgrenze

Paul Scherpeltz, Richter (Walzwerk II), Invalide

Karl Lepom, Isolierer (Sauerstoffanlage), Erreichung der Altersgrenze

Gustav Roskop, Schleifer (Werkzeugmacherei), Invalide

(am 31. Mai 1959)

Bernhard Althaus, Verlademeister (Blechwälzwerk), Erreichung der Altersgrenze

Wilhelm Redtwitz, Obermeister (Stahlgießerei), Erreichung der Altersgrenze

(am 30. Juni 1959)

Friedrich Dellmann, Schlosser (Mech. Werkstatt II), Invalide

Heinrich Veurink, Kranführer (Kümpelbau), Erreichung der Altersgrenze

Eugen Weiß, Vorarbeiter (Mech. Werkstatt I), Invalide

Hans Schwitz, Hammerschmied (Hammerwerk), Invalide

Friedrich Langnau, Verlader (Stahlf.-Schreinerei), Invalide

Josef Mattern, Hilfsarbeiter (Stahlgießerei), Invalide

Laurentius Brammen, Oberingenieur (Eisengießerei), Erreichung der Altersgrenze

Friedrich Terhorst, Meister (Blechwälzwerk), Erreichung der Altersgrenze

(am 31. Juli 1959)

Paul Ignatzy, Pförtner (Werkschutz), Erreichung der Altersgrenze

Hermann Salmen, Kranführer (Stahlwerk), Erreichung der Altersgrenze

Otto Geltner, Scherengehilfe (Walzwerk II), Erreichung der Altersgrenze

Karl Hentrich, Waschkauwärter (Walzwerk I), Invalide

Theo Peters, Hilfsarbeiter (Bauabteilung), Invalide

Wilhelm Mauell, Vorarbeiter (Hochofen), Erreichung der Altersgrenze

Johann Mogge, Vorarbeiter (Hochofen), Erreichung der Altersgrenze

Anton Greif, Kranführer (Mech. Werkstatt I), Invalide

Paul Eichelberger, Prüfer (Stahlputzerei), Erreichung der Altersgrenze

Emil Breuker, Vorzeichner (Versuchsanstalt), Erreichung der Altersgrenze

Albert Walkenhorst, Ofenwärter (Hammerwerk), Invalide

Brackwede (am 30. April 1959)

Paul Schulz, kfm. Angestellter (Lohnbüro), Erreichung der Altersgrenze

Heinrich Goldbeck, Lok-Fahrer (Werktransport), Invalide

(am 1. März 1959)

Robert Blum, Härter (Werkzeugbau), Invalide

(am 1. Juni 1959)

August Sewöster, Lagerarbeiter (Betrieb II), Erreichung der Altersgrenze

(am 30. Juni 1959)

Heinrich Hellweg, Meister (Betrieb I), Erreichung der Altersgrenze

Wir wünschen unseren Pensionären auch für die Zukunft alles Gute.



Mit kritischem Blick: Am 7. und 8. Juli hielt die Lehrwerkstatt der Henrichshütte wieder Elternsprechtage ab. Nach Beendigung der dreimonatigen Probezeit der Lehrlingsaspiranten wurden die Eltern — bei einer Tasse Kaffee und Kuchen — vom Ausbildungsleiter, den 4 Lehrmeistern und 20 Ausbildern über den Leistungsstand ihrer Sprößlinge ins Bild gesetzt. Von den zu Ostern eingestellten 78 gewerblichen Lehrlingen ist diesmal keiner „durchgefallen“. Man hatte bei der Aufnahmeprüfung schon tüchtig „gesiebt“.



Wasserbehälter stürzte um: Als am 12. Juli gegen 12.10 Uhr der 30 m hohe, halbvolle Wasserbehälter hinter dem Hochofen I mit Gefölse zusammenstürzte und dabei einen Teil des alten Hochofen-Maschinenhauses, die „Portugiesenbude“ und ein WC unter sich begrub, glaubte man im ersten Augenblick an eine Katastrophe. Doch glücklicherweise — es war Sonntag mittag — war kein Mensch zu diesem Zeitpunkt im Einsturzbereich gewesen. Allerdings mußte die Feuerwehr 200 cbm Wasser aus der Möllierung pumpen; mit Schweißbrennern und Seilwinden mußte in Tag- und Nachtschicht das Stahlgewirr entknotet werden, und der Hochofen III lief aus Sicherheitsgründen nur gedämpft. Eine Gas- und zwei Windleitungen waren arg zerbeult und angeschlagen. Warum der Wasserbehälter überhaupt umstürzte, vermag bis heute niemand zu sagen.

BKK HENRICHSHÜTTE

Beitragssatz wurde gesenkt

Die Aufsichtsbehörde, das Oberversicherungsamt Nordrhein-Westfalen, Essen, hat der Betriebskrankenkasse der Henrichshütte die beantragte Senkung des allgemeinen Beitragssatzes zur Krankenversicherung von 8 % auf 7,4 % genehmigt. Der neue Beitragssatz gilt ab 1. Juli 1959 und ist zunächst bis zum 31. Oktober 1959 befristet. Der Beitragssatz für Angestellte in Höhe von 5,4 % bleibt weiterhin bestehen.

Diese Senkung des Beitragssatzes ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß in den vergangenen anderthalb Jahren die Krankenkurve von ihrem Höchststand im September 1957 (12,47 %) stetig zurückgegangen ist. Die seinerzeitige Überschneidung einer Grippewelle mit der Einführung des Lohnfortzahlungsgesetzes ließ damals die Kran-

kenzahl auf eine bis dahin noch nicht gekannte Höhe emporschnellen und Schlimmes befürchten. Inzwischen aber hat sich die Umstellung auf das Lohnfortzahlungsgesetz günstig ausgewirkt und die viel zitierte, angeblich schlechte „Krankemoral“ der Arbeiter hat sich bei uns im großen und ganzen nicht bestätigt. Während der Krankenstand im Jahresdurchschnitt 1957 bei uns 5,15 % betrug, sank er im Jahre 1958 auf 4,53 % ab. Auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bewegte er sich im Durchschnitt um etwa 4,45 % und ist damit als durchaus normal anzusehen. Es ist erfreulich festzustellen, daß die Selbstverantwortung der Kassenmitglieder so groß ist, daß es der Kasse, die ja schließlich das Vermögen aller Versicherten verwalten muß, jetzt möglich war, den Beitragssatz zu senken.

Henkel, Henrichshütte



Hitzewelle: Der Juli brachte eine Periode ungewöhnlicher Hitze mit sich, die besonders in den Heißeetrieben fast unerträglich wurde. Wer kann es deshalb Mitarbeitern des Preß- und Hammerwerks verübeln, nach Schichtschluß das nahegelegene Löschwasserbecken zu einer Fußkühlung oder einem erfrischenden Bad zu benutzen.



foto des monats